

Bundesgesetzblatt ²³⁰⁵

Teil II

G 1998

2002

Ausgegeben zu Bonn am 3. September 2002

Nr. 34

Tag	Inhalt	Seite
28. 8. 2002	Gesetz zu dem Abkommen vom 13. Dezember 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über Soziale Sicherheit GESTA: XG011	2306
28. 8. 2002	Gesetz zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen GESTA: XJ026	2323
28. 8. 2002	Gesetz zu dem Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken im nachgeordneten Straßennetz GESTA: XJ028	2331
28. 8. 2002	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke GESTA: XJ029	2344
28. 6. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit	2352
24. 7. 2002	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des deutsch-slowakischen Abkommens über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße	2355
1. 8. 2002	Bekanntmachung des deutsch-türkischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2360
5. 8. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	2362
5. 8. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des VN-Waffenübereinkommens sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen	2363
5. 8. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern	2364
6. 8. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechischen Vertrags über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten	2365
6. 8. 2002	Bekanntmachung des deutsch-usbekischen Abkommens über Technische Zusammenarbeit	2365

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 13. Dezember 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über Soziale Sicherheit**

Vom 28. August 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Canberra am 13. Dezember 2000 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen zur Anwendung und Durchführung des Abkommens Regelungen zu treffen über:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 10 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 10 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 21 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. August 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über Soziale Sicherheit**

**Agreement
on Social Security
between the Federal Republic of Germany and Australia**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Australien
(„Vertragsparteien“) –

The Federal Republic of Germany
and
Australia
(the “Contracting Parties“),

in dem Wunsch, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu festigen, und entschlossen, ihre Beziehungen im Bereich der sozialen Sicherheit zu regeln –

Desiring to strengthen the existing friendly relations between the two States and resolved to regulate their relations in the field of social security,

haben Folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

- a) „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf Australien
einen Staatsbürger Australiens;
- b) „Rechtsvorschriften“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen,
in Bezug auf Australien
die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze;
- c) „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,

Part I

General provisions

Article 1

Definitions

1. For the purposes of this Agreement,
- (a) “national” means,
as regards the Federal Republic of Germany,
a German citizen within the meaning of the Basic Law (Grundgesetz) for the Federal Republic of Germany; and
as regards Australia,
a citizen of Australia;
- (b) “legislation” means,
as regards the Federal Republic of Germany,
the laws, regulations and other general legislative acts related to the branches of social security specified in paragraph 1(a) of Article 2; and
as regards Australia,
the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2;
- (c) “competent authority” means,
as regards the Federal Republic of Germany,
the Federal Ministry of Labour and Social Affairs (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung); and

in Bezug auf Australien

den Staatssekretär beim Commonwealth-Ministerium (Secretary to the Commonwealth Department), das für die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze verantwortlich ist;

d) „Träger“

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a genannten Rechtsvorschriften obliegt,

in Bezug auf Australien

die Einrichtung oder die Stelle, der die Ausführung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze obliegt;

e) „deutsche Versicherungszeit“

eine Beitragszeit oder eine andere Zeit, soweit sie nach den deutschen Rechtsvorschriften für den Leistungsanspruch einer Beitragszeit gleichsteht;

f) „australische Wohnzeit während des Arbeitslebens“

eine Zeit, die als solche in den australischen Rechtsvorschriften bestimmt ist;

g) „Leistung“

in Bezug auf eine Vertragspartei eine nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei vorgesehene Leistung, Rente oder Beihilfe einschließlich aller Zulagen oder Erhöhungen;

h) „verwitwete Person“

in Bezug auf Australien eine Person, die aufgrund des Todes ihres Partners keinen Partner mehr hat, jedoch nicht eine Person, die einen neuen Partner hat;

i) „Pflegezahlung“

in Bezug auf Australien eine Pflegezahlung für den Partner einer Person, die eine australische Rente wegen Erwerbsunfähigkeit oder Altersrente erhält.

(2) Ausdrücke, deren Bedeutung in Absatz 1 nicht bestimmt ist, haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

auf die Rechtsvorschriften über

i) die Rentenversicherung der Arbeiter,

ii) die Rentenversicherung der Angestellten,

iii) die knappschaftliche Rentenversicherung,

iv) die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,

v) die Alterssicherung der Landwirte;

b) in Bezug auf Australien

auf die Gesetze, die das Recht der sozialen Sicherheit bilden, soweit das Recht die folgenden Leistungen vorsieht, auf diese Anwendung findet oder diese berührt:

i) Altersrente,

ii) Rente wegen Erwerbsunfähigkeit,

as regards Australia,

the Secretary to the Commonwealth Department responsible for the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2;

(d) "institution" means,

as regards the Federal Republic of Germany,

the institution or authority responsible for the application of the legislation specified in paragraph 1(a) of Article 2; and

as regards Australia,

the institution or agency responsible for the administration of the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2;

(e) "German period of coverage" means

a period of contributions or any other period insofar as it is, under the German legislation, equivalent to a period of contributions for the purposes of benefit entitlement;

(f) "period of Australian working life residence" means

a period defined as such in the Australian legislation;

(g) "benefit" means,

in relation to a Contracting Party, a benefit, pension or allowance for which provision is made in the legislation of that Party, and includes any additional amount, increase or supplement that is payable, in addition to that pension, benefit or allowance;

(h) "widowed person" means,

in relation to Australia, a person who stops being a partnered person because of the death of the person's partner, but does not include a person who has a new partner;

(i) "carer payment" means,

in relation to Australia, a carer payment payable to the partner of a person who is in receipt of an Australian disability support pension or age pension.

2. Any term not defined in paragraph 1 has the meaning assigned to it in the applicable legislation.

Article 2

Legislative scope

1. Unless otherwise provided in this Agreement, it shall apply:

(a) as regards the Federal Republic of Germany,

to the legislation concerning:

(i) Wage Earners' Pension Insurance (Rentenversicherung der Arbeiter),

(ii) Salaried Employees' Pension Insurance (Rentenversicherung der Angestellten),

(iii) Miners' Pension Insurance (Knappschaftliche Rentenversicherung),

(iv) Steelworkers' Supplementary Insurance (Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung),

(v) Farmers' Old Age Security (Alterssicherung der Landwirte); and

(b) as regards Australia,

to the Acts forming the social security law insofar as the law provides for, applies to or affects the following benefits:

(i) age pension,

(ii) disability support pension,

- iii) Pflegezahlung,
- iv) an verwitwete Personen zu zahlende Renten,
- v) Vollwaisenrente.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 Buchstabe b gilt dieses Abkommen für Frauen, die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens eine Rente für Ehefrauen beziehen und Ehefrauen von Personen sind, die

- a) eine Altersrente oder
- b) eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit für Schwerbehinderte beziehen.

(3) Dieses Abkommen gilt auch für Gesetze, Verordnungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, soweit sie die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien ändern, ergänzen oder ersetzen.

(4) Ungeachtet des Absatzes 1 schließen die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien die zum Inkraftsetzen eines anderen Abkommens über soziale Sicherheit erlassenen Gesetze sowie überstaatliches Recht nicht ein.

(5) Die australische Pflegezahlung und Vollwaisenrente sind in dieses Abkommen einbezogen, um die Gegenseitigkeit zu den deutschen Leistungsteilen herzustellen, die dem Unterhalt des Ehegatten und der übrigen Familienangehörigen dienen.

- (iii) carer payment,
- (iv) pensions payable to widowed persons, and
- (v) double orphan pension.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1(b), this Agreement shall apply to women who are receiving wife pension at the date this Agreement comes into force and who are the wives of:

- (a) persons receiving age pension; or
- (b) persons receiving disability support pension for the severely disabled.

3. This Agreement shall also apply to laws, regulations and other general legislative acts in so far as they amend, supplement or replace the legislation of the Contracting Parties.

4. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, the legislation of the Contracting Parties shall not include any laws made at any time for the purpose of giving effect to any other agreement on social security or any supra-national law.

5. Australian carer payment and double orphan pension are included in this Agreement to reciprocate those proportions of German benefit included to support a spouse and other dependants.

Artikel 3

Persönlicher Anwendungsbereich

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es

- a) bei der Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für
 - i) Staatsangehörige einer Vertragspartei,
 - ii) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge,
 - iii) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
 - iv) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,
 - v) Staatsangehörige eines anderen Staates als einer Vertragspartei, soweit sie nicht zu den unter Ziffer iv genannten Personen gehören;
- b) bei der Anwendung der australischen Rechtsvorschriften für jede Person, die Einwohner Australiens (Australian resident) ist oder war und gegebenenfalls für andere Personen in Bezug auf die Rechte, die sie von den oben bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen

- a) bei der Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern i bis iv genannten Personen, die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewöhnlich aufhalten, deutschen Staatsangehörigen gleich;
- b) bei der Anwendung der australischen Rechtsvorschriften die in Artikel 3 Buchstabe b genannten Personen einander gleich.

(2) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden Leistungen nach deutschen Rechtsvorschriften australi-

Article 3

Personal scope

Unless otherwise provided in this Agreement, it shall apply:

- (a) in the operation of the German legislation, to
 - (i) nationals of either Contracting Party;
 - (ii) refugees, within the meaning of Article 1 of the Convention of July 28, 1951 and of the Protocol of January 31, 1967 Relating to the Status of Refugees;
 - (iii) stateless persons, within the meaning of Article 1 of the Convention Relating to the Status of Stateless Persons of September 28, 1954;
 - (iv) other persons to the extent that they derive rights from a national of either Contracting Party, from a refugee or from a stateless person within the meaning of this Article;
 - (v) nationals of a state other than a Contracting Party, unless they are included in the group of persons specified in subparagraph (iv); and
- (b) in the operation of the Australian legislation, to any person who is or has been an Australian resident and, where applicable, to other persons in regard to the rights they derive from the persons described above.

Article 4

Equality of treatment

1. Unless otherwise provided in this Agreement:

- (a) in the application of the German legislation, persons specified in subparagraphs (a)(i), (ii), (iii) and (iv) of Article 3 who ordinarily reside in the territory of either Contracting Party shall be treated equally to German nationals; and
- (b) in the application of the Australian legislation, persons specified in paragraph (b) of Article 3 shall be treated equally.

2. Unless otherwise provided in this Agreement, benefits under the German legislation shall be awarded to nationals of Australia,

schen Staatsangehörigen, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden deutschen Staatsangehörigen.

Artikel 5

Gebietsgleichstellung

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland abhängig ist, nicht für die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern i bis iv genannten Personen, die sich gewöhnlich in Australien aufhalten.

(2) Hätte eine Person Anspruch auf eine Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften oder aufgrund dieses Abkommens, wenn sie Einwohner Australiens wäre und sich zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf diese Leistung in Australien befände, und

- a) ist diese Person Einwohner Australiens oder hält sie sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder in einem Drittstaat auf, mit dem Australien ein Abkommen über soziale Sicherheit geschlossen hat, das eine Zusammenarbeit bei der Geltendmachung und Feststellung von Leistungsansprüchen vorsieht, und
- b) befindet sie sich in Australien oder im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dieses Drittstaats,

so wird diese Person vorbehaltlich des Absatzes 3, sofern sie zu irgendeinem Zeitpunkt Einwohner Australiens gewesen ist, für die Zwecke der Antragstellung so betrachtet, als wäre sie Einwohner Australiens und befände sich zu diesem Zeitpunkt in Australien.

(3) Das Erfordernis, dass eine Person zu irgendeinem Zeitpunkt Einwohner Australiens gewesen sein muss, gilt nicht für eine Person, die eine Vollwaisenrente nach diesem Abkommen beansprucht.

Teil II

Bestimmungen betreffend Leistungen

Artikel 6

Zusammenrechnung und Berechnung in Bezug auf deutsche Leistungen

Für den deutschen Träger gilt Folgendes:

- a) Sind deutsche Versicherungszeiten zurückgelegt, so werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften auch australische Wohnzeiten während des Arbeitslebens berücksichtigt, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.
- b) Die nach Buchstabe a zu berücksichtigenden australischen Wohnzeiten während des Arbeitslebens werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung des Rentenanspruchs zuständig ist. Ist danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständiger Träger, so werden australische Wohnzeiten während des Arbeitslebens in der knappschaftlichen Rentenversicherung nur dann berücksichtigt, wenn während dieser Zeit eine Beschäftigung in einem bergbaulichen Betrieb unter Tage ausgeübt wurde.
- c) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften
 - i) wird ein Monat, der als Monat während einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens anerkannt

who ordinarily reside outside the territories of both Contracting Parties, under the same conditions as they are awarded to German nationals who ordinarily reside outside the territories of the Contracting Parties.

Article 5

Equivalence of territories

1. Unless otherwise provided in this Agreement, the German legislation which requires that the acquisition of an entitlement to benefits or the payment of benefits be dependent on ordinarily being resident in the Federal Republic of Germany shall not be applicable to the persons specified in subparagraphs (a)(i), (ii), (iii) and (iv) of Article 3 who ordinarily reside in Australia.

2. Subject to paragraph 3, where a person would be qualified for a benefit under the Australian legislation or under this Agreement except for not being an Australian resident and in Australia on the date on which the claim for that benefit is lodged, but:

- (a) is an Australian resident or ordinarily residing in the territory of the Federal Republic of Germany or of a third country with which Australia has implemented an agreement on social security that includes provision for co-operation in the lodgement and determination of claims for benefits; and
- (b) is in Australia, the territory of the Federal Republic of Germany or the territory of that third country,

that person, so long as he or she has been an Australian resident at some time, shall be deemed, for the purposes of lodging that claim, to be an Australian resident and in Australia on that date.

3. The requirement for a person to have been an Australian resident at some time shall not apply to a person who claims a double orphan pension under this Agreement.

Part II

Provisions concerning benefits

Article 6

Totalisation and calculation – German benefits

The following shall apply as regards the German institution:

- (a) When German periods of coverage have been completed, periods of Australian working life residence shall also be taken into account for purposes of determining eligibility for benefits under German legislation, provided that these periods do not coincide with the above-mentioned periods of coverage.
- (b) The periods of Australian working life residence to be taken into account under subparagraph (a) shall be assigned to that branch of insurance whose institution is responsible for determining entitlement to a pension as if only the German legislation is applied. If, according to the foregoing, the Miners' Pension Insurance is the competent institution, periods of Australian working life residence shall be taken into account for the Miners' Pension Insurance only if the relevant person was employed in a mining enterprise in underground operations during this time.
- (c) For purposes of determining eligibility for a benefit payable under the German legislation:
 - (i) a month which is recognised as a month in a period of Australian working life residence shall be considered as a

wird, als ein Beitragsmonat nach den deutschen Rechtsvorschriften anerkannt;

- ii) wird ein Jahr, das als ein Jahr während einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens anerkannt wird, als zwölf Beitragsmonate nach den deutschen Rechtsvorschriften anerkannt.
- d) Entgeltpunkte werden nur aus den rentenrechtlichen Zeiten ermittelt, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Berechnung der deutschen Leistungen zu berücksichtigen sind.

month of contributions under the German legislation; and

- (ii) a year which is recognised as a year in a period of Australian working life residence shall be considered as twelve months of contributions under the German legislation.
- (d) Earnings points shall be determined solely on the basis of pension rating periods to be taken into account under the German legislation in the calculation of German benefits.

Artikel 7

Zusammenrechnung in Bezug auf australische Leistungen

(1) Hat eine Person, auf die dieses Abkommen Anwendung findet, einen Antrag auf eine australische Leistung nach diesem Abkommen gestellt und

- a) eine Zeit als Einwohner Australiens zurückgelegt, die kürzer ist als die Zeit, die für einen auf dieser Grundlage basierenden Anspruch dieser Person auf eine Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften vorgesehen ist,
- b) eine australische Wohnzeit während des Arbeitslebens zurückgelegt, die ebenso lang wie oder länger als die nach Absatz 4 für diese Person festgelegte Zeit ist, und
- c) eine deutsche Versicherungszeit zurückgelegt,

dann gilt diese deutsche Versicherungszeit in Bezug auf den Antrag auf diese australische Leistung ausschließlich zur Erfüllung einer in den australischen Rechtsvorschriften für diese Leistung festgelegten Mindestwartezeit als Zeit, während der diese Person Einwohner Australiens war.

(2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf eine Person,

- a) die Einwohner Australiens während einer ununterbrochenen Zeit war, die kürzer ist als die nach den australischen Rechtsvorschriften für einen Anspruch dieser Person auf eine Leistung vorgesehene ununterbrochene Mindestzeit, und
- b) die eine deutsche Versicherungszeit in zwei oder mehr getrennten Zeiträumen zurückgelegt hat, deren Gesamtdauer der unter Buchstabe a genannten Zeit entspricht oder diese übersteigt,

gilt die Gesamtdauer der deutschen Versicherungszeiten als eine ununterbrochene Zeit.

(3) Fällt eine Zeit, in der eine Person Einwohner Australiens war, mit einer deutschen Versicherungszeit zusammen, so wird diese sich überschneidende Zeit bei der Anwendung dieses Artikels von Australien nur einmal als Zeit berücksichtigt, in der diese Person Einwohner Australiens war.

(4) Die Mindestdauer einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens, die bei der Anwendung des Absatzes 1 zu berücksichtigen ist, wird wie folgt festgelegt:

- a) Bei einer australischen Leistung, die an eine Person zahlbar ist, die nicht Einwohner Australiens ist, beträgt die vorgeschriebene Mindestdauer zwölf Monate, von denen mindestens sechs Monate ununterbrochen zurückgelegt worden sein müssen;
- b) bei einer australischen Leistung, die an einen Einwohner Australiens zahlbar ist, ist keine Mindestdauer erforderlich.

(5) Für den Anspruch einer Person auf eine Rente für eine verwitwete Person gilt die von dem Partner dieser Person zurückgelegte deutsche Versicherungszeit als von ihr zurückgelegte deutsche Versicherungszeit, wobei Zeiten, in denen sowohl die Person selbst als auch ihr Partner deutsche Versicherungszeiten zurückgelegt haben, nur einmal berücksichtigt werden.

Article 7

Totalisation – Australian benefits

1. Where a person to whom this Agreement applies has claimed an Australian benefit under this Agreement and has accumulated:

- (a) a period as an Australian resident that is less than the period required to qualify that person, on that ground, under the Australian legislation for a benefit;
- (b) a period of Australian working life residence equal to or greater than the period identified in accordance with paragraph 4 for that person; and
- (c) a German period of coverage,

then for the purposes of a claim for that Australian benefit, that German period of coverage shall be deemed, only for the purposes of meeting any minimum qualifying periods for that benefit set out in the Australian legislation, to be a period in which that person was an Australian resident.

2. For the purposes of paragraph 1, where a person:

- (a) has been an Australian resident for a continuous period which is less than the minimum continuous period required by the Australian legislation for qualification of that person for a benefit; and
- (b) has accumulated a German period of coverage in two or more separate periods that equals or exceeds in total the period referred to in subparagraph (a),

the total of the German periods of coverage shall be deemed to be one continuous period.

3. For the purposes of this Article, where a person's period as an Australian resident and a German period of coverage coincide, the period of coincidence shall be taken into account once only by Australia as a period as an Australian resident.

4. The minimum period of Australian working life residence to be taken into account for the purposes of paragraph 1 shall be as follows:

- (a) for the purposes of an Australian benefit that is payable to a person who is not an Australian resident, the minimum period required shall be 12 months, of which at least six months must be continuous; and
- (b) for the purposes of an Australian benefit that is payable to an Australian resident, no minimum period shall be required.

5. For the purposes of a claim by a person for a pension payable to a widowed person, that person shall be deemed to have accumulated a German period of coverage for which his or her partner accumulated a German period of coverage but any period during which the person and his or her partner both accumulated German periods of coverage shall be taken into account once only.

Artikel 8**Berechnung der australischen Leistungen**

(1) Hat eine Person, die sich außerhalb von Australien befindet, Anspruch auf eine australische Leistung aufgrund dieses Abkommens, bei der es sich nicht um eine Vollwaisenrente handelt, so wird vorbehaltlich des Absatzes 2 die Höhe der Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften bestimmt.

(2) Ist eine australische Leistung aufgrund dieses Abkommens oder aus sonstigen Gründen an eine Person zahlbar, die sich außerhalb von Australien befindet, so wird vorbehaltlich des Absatzes 3 die Höhe dieser Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften bestimmt, wobei jedoch bei der Anrechnung des Einkommens dieser Person für die Zwecke der Berechnung der Höhe der australischen Leistung nur ein Teil der deutschen Leistung als Einkommen betrachtet wird. Dieser Teil wird errechnet, indem die Zahl der vollen Monate (jedoch nicht mehr als 300), die während einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens zurückgelegt und für die Feststellung der australischen Leistung dieser Person herangezogen wurden, mit dem Betrag der deutschen Leistung multipliziert und das Ergebnis durch 300 geteilt wird.

(3) Nur Personen, die eine anteilige australische Leistung erhalten, haben Anspruch auf die in Absatz 2 beschriebene vergründigte Einkommensanrechnung.

(4) Ist eine australische Leistung aufgrund dieses Abkommens oder aus anderen Gründen an eine Person zahlbar, die sich in der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhält, so werden von Australien bei der Anrechnung des Einkommens dieser Person deutsche Sozialhilfeleistungen und Zahlungen ähnlicher Art, die bei Bedürftigkeit erbracht werden, nicht berücksichtigt, soweit sie von den zuständigen Behörden auf Vorschlag der in Artikel 16 genannten Verbindungsstellen gemeinsam festgestellt und in der Verwaltungsvereinbarung (Administrative Arrangement) aufgeführt werden.

(5) Die Absätze 1, 2 und 4 gelten für die Dauer von 26 Wochen weiter, wenn eine Person vorübergehend nach Australien kommt.

(6) Vorbehaltlich des Absatzes 7 wird in Fällen, in denen eine australische Leistung nur aufgrund des Abkommens an eine Person zahlbar ist, die sich in Australien befindet, die Höhe dieser Leistung festgestellt, indem

- a) das Einkommen dieser Person nach den australischen Rechtsvorschriften berechnet wird, wobei deutsche Leistungen, auf die diese Person Anspruch hat, bei dieser Berechnung außer Acht gelassen werden;
- b) die deutsche Leistung vom Höchstbetrag der australischen Leistung abgezogen wird und
- c) auf die unter Buchstabe b errechnete Restleistung die nach den australischen Rechtsvorschriften vorgesehene Berechnungsmethode angewandt wird, wobei als Einkommen dieser Person der unter Buchstabe a errechnete Betrag herangezogen wird.

(7) Absatz 6 gilt für die Dauer von 26 Wochen weiter, wenn eine Person Australien vorübergehend verlässt.

(8) Hat eine Person, die mit einer anderen als Paar zusammenlebt, oder haben sowohl diese Person als auch ihr Partner Anspruch auf eine deutsche Leistung oder deutsche Leistungen beziehungsweise auf eine in diesem Artikel genannte Zahlung, so werden beide Personen für die Anwendung dieses Artikels und der australischen Rechtsvorschriften je nach Sachlage so behandelt, als erhielten sie jeweils die Hälfte des Betrags dieser Leistung oder des Gesamtbetrags beider Leistungen.

Artikel 9**Zahlung der australischen Leistungen ins Ausland**

(1) Die australischen Leistungen sind auch in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen.

Article 8**Calculation – Australian benefits**

1. Subject to paragraph 2, where a person who is outside Australia is qualified for an Australian benefit by virtue of this Agreement, other than double orphan pension, the rate of benefit shall be determined according to the Australian legislation.

2. Subject to paragraph 3, where an Australian benefit is payable, whether by virtue of this Agreement or otherwise, to a person who is outside Australia, the rate of that benefit shall be determined according to Australian legislation but, when assessing the income of that person for the purposes of calculating the rate of the Australian benefit, only a proportion of the German benefit shall be regarded as income. That proportion shall be calculated by multiplying the number of whole months (not exceeding 300) of Australian working life residence used in the assessment of that person's Australian benefit by the amount of German benefit and dividing that product by 300.

3. Only a person receiving a proportionalised Australian benefit shall be entitled to receive the concessional assessment of income described in paragraph 2.

4. Where an Australian benefit is payable, whether by virtue of this Agreement or otherwise, to a person who ordinarily resides in the Federal Republic of Germany, Australia shall disregard, when assessing the income of that person, any German social assistance and payments of a similar character provided in case of need insofar as they are proposed by the liaison agencies specified in Article 16 and jointly approved by the competent authorities and listed in the Administrative Arrangement (Verwaltungsvereinbarung).

5. The provisions in paragraphs 1, 2 and 4 shall continue to apply for 26 weeks where a person comes temporarily to Australia.

6. Subject to the provisions of paragraph 7, where an Australian benefit is payable only by virtue of the Agreement to a person who is in Australia, the rate of that benefit shall be determined by:

- (a) calculating that person's income according to the Australian legislation but disregarding in that calculation any German benefit to which the person is entitled;
- (b) deducting that German benefit from the maximum rate of that Australian benefit; and
- (c) applying to the remaining benefit obtained under subparagraph (b) the relevant rate calculation set out in the Australian legislation, using as the person's income the amount calculated under subparagraph (a).

7. The provisions in paragraph 6 shall continue to apply for 26 weeks where a person departs temporarily from Australia.

8. Where a member of a couple is, or both that member and his or her partner are, entitled to a German benefit or benefits and/or any payment referred to in this Article, each of them shall be deemed, for the purposes of this Article and of the Australian legislation, to be in receipt of one half of either the amount of that benefit or the total of both of those benefits, as the case may be.

Article 9**Payment of Australian benefits overseas**

1. Australian benefits are also payable into the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) Sofern nach den australischen Rechtsvorschriften vorgesehen ist, dass eine Leistung außerhalb des Hoheitsgebiets von Australien zu zahlen ist, ist diese Leistung, sofern sie aufgrund dieses Abkommens zu zahlen ist, auch außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien zu zahlen.

(3) Sofern der Anspruch auf eine australische Leistung von zeitlichen Beschränkungen abhängig ist, gilt der Verweis auf Australien in Bezug auf diese Beschränkungen auch als Verweis auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Bestimmungen der australischen Rechtsvorschriften, welche die Zahlung einer australischen Leistung an einen früheren Einwohner Australiens untersagen, der

- a) nach Australien zurückkehrt, um dort wieder Einwohner Australiens zu werden,
- b) eine australische Leistung beantragt und
- c) Australien innerhalb eines in diesen Rechtsvorschriften bezeichneten Zeitraums verlässt,

gelten nicht für eine Person, die eine solche Leistung aufgrund des Abkommens bezieht.

(5) Wäre an eine Person eine Vollwaisenrente nach den australischen Gesetzen über soziale Sicherheit in Bezug auf eine junge Person zu zahlen, deren einziger überlebender Elternteil gestorben ist, während diese junge Person Einwohner Australiens war, wenn diese Person und diese junge Person Einwohner Australiens wären, so wird diese Rente vorbehaltlich dieser Gesetze auch gezahlt, während diese Person und diese junge Person sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

2. Where the Australian legislation provides that a benefit is payable outside the territory of Australia, then that benefit, when payable under this Agreement, is also payable outside the territories of both Contracting Parties.

3. Where qualification for an Australian benefit is subject to limitations as to time, then references to Australia in those limitations shall be read also as references to the territory of the Federal Republic of Germany.

4. Any provisions of Australian legislation which prohibit the payment of an Australian benefit to a former Australian resident who:

- (a) returns to Australia to again become an Australian resident;
- (b) claims an Australian benefit; and
- (c) departs from Australia within a period specified in that legislation,

shall not apply to a person who receives that benefit by virtue of the Agreement.

5. Where a double orphan pension would be payable to a person under the social security laws of Australia, in respect of a young person whose sole surviving parent died while that young person was an Australian resident, if that person and that young person were residents of Australia, that pension shall, subject to the provisions of those laws, be payable while that person and that young person are residents of the Federal Republic of Germany.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe

Artikel 10

Gegenseitige Hilfe

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und der Durchführung dieses Abkommens gegenseitige Hilfe in gleicher Weise, in der sie ihre eigenen Rechtsvorschriften anwenden.

(2) Der Träger einer Vertragspartei übermittelt, soweit nach seinen Rechtsvorschriften zulässig, dem Träger der anderen Vertragspartei auf Ersuchen kostenlos die in seinem Besitz befindlichen ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die Erwerbsunfähigkeit eines Antragstellers oder Berechtigten beziehen.

(3) Verlangt ein Träger einer Vertragspartei von einem Antragsteller oder Berechtigten, der im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei lebt, sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, so wird diese auf Ersuchen dieses Trägers vom Träger der anderen Vertragspartei veranlasst oder durchgeführt. Die ärztliche Untersuchung erfolgt auf Kosten des ersuchenden Trägers.

(4) Die in Absatz 1 genannten Stellen übermitteln einander im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, die Auskünfte und die Unterlagen, die zur Erhaltung der Rechte und Pflichten dienen, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften und diesem Abkommen ergeben. Solche Auskünfte oder Unterlagen, die eine Person betreffen, sind dieser auf Antrag ebenfalls zu übermitteln.

Part III

Miscellaneous provisions

Chapter 1

Administrative assistance

Article 10

Mutual assistance

1. The institutions, associations of institutions, authorities and competent authorities of the Contracting Parties shall provide assistance to each other in the application of the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and in the implementation of this Agreement, in the same manner in which they apply their own legislation.

2. The institution of one Contracting Party, when requested by the institution of the other Contracting Party, shall, to the extent permitted by its legislation, provide to that institution free of charge any medical data and documents in its possession relating to the general disability of an applicant or beneficiary.

3. If an institution of one Contracting Party requires an applicant or beneficiary who lives in the territory of the other Contracting Party to undergo a medical examination, such examination shall, at the request of that institution, be arranged or carried out by the institution of the latter Contracting Party. The medical examination will be done at the expense of the requesting institution.

4. The agencies referred to in paragraph 1 shall, within their respective areas of jurisdiction and to the extent possible, communicate to each other such information and transmit such documentation as may be required to maintain the rights and obligations of the persons concerned under the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and under this Agreement. Such information or documentation regarding a person shall also be transmitted to that person at his or her request.

(5) Die in Absatz 1 genannte Hilfe ist kostenlos, sofern nicht die zuständigen Behörden die Erstattung bestimmter Arten von Auslagen vereinbaren.

Artikel 11 **Gebühren**

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Urkunden, die einer Behörde oder einem Träger dieser Vertragspartei vorgelegt werden, ganz oder teilweise von Verwaltungskosten einschließlich Konsulargebühren befreit, so gilt die Befreiung auch für Urkunden, die einer Behörde oder einem Träger der anderen Vertragspartei nach dessen Rechtsvorschriften vorgelegt werden.

(2) Urkunden, die bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und der Durchführung dieses Abkommens einer Behörde oder einem Träger einer Vertragspartei vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber einer Behörde oder einem Träger der anderen Vertragspartei keiner Legalisation oder anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 12 **Verkehrssprachen**

Die in Artikel 10 Absatz 1 genannten Stellen können bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und der Durchführung dieses Abkommens in ihren Amtssprachen unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern verkehren.

Artikel 13 **Einreichung von Schriftstücken**

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Stelle der anderen Vertragspartei gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger der ersten Vertragspartei gestellt, und zwar an demselben Tag, an dem er bei der Stelle der anderen Vertragspartei eingereicht wurde. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Werden Anträge, Erklärungen oder Rechtsbehelfe bei einer Stelle der einen Vertragspartei eingereicht, so stellt diese Stelle sicher, dass sie unverzüglich an die zuständige Verbindungsstelle der anderen Vertragspartei weitergeleitet werden.

(3) In Bezug auf Australien bedeutet ein Rechtsbehelf einen bei einem nach den australischen Gesetzen über soziale Sicherheit errichteten Gremium eingereichten Rechtsbehelf.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 5 gilt der Antrag einer Person auf eine Leistung einer Vertragspartei unabhängig davon, ob er im Hoheitsgebiet dieser oder der anderen Vertragspartei gestellt wird, als Antrag auf eine entsprechende Leistung der anderen Vertragspartei, wenn die von der Person in dem ursprünglichen Antrag gemachten Angaben darauf hindeuten, dass die Person Anspruch auf diese entsprechende Leistung haben könnte. Dies gilt nicht, wenn die Person unter dem normalen Altersrentenalter der anderen Vertragspartei liegt und die Person ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung eines nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erworbenen Anspruchs auf Altersrente aufgeschoben wird.

(5) Absatz 4 findet keine Anwendung, wenn der ursprüngliche Antrag oder eine Kopie davon nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Stellung des ursprünglichen Antrags bei der zuständigen Verbindungsstelle der anderen Vertragspartei eingeht.

Artikel 14 **Erstattung von überzahlten Leistungen**

(1) Hat ein deutscher Träger an eine Person zu Unrecht für einen Zeitraum eine Leistung erbracht und hat der australische

5. The assistance referred to in paragraph 1 shall be provided free of charge, subject to any arrangement reached between the competent authorities for the reimbursement of certain types of expenses.

Article 11 **Fees**

1. Where, under the legislation of one Contracting Party documents submitted to an authority or institution of that Contracting Party are partly or fully exempt from administrative charges, including consular fees, this exemption shall also apply to documents which are submitted to an authority or institution of the other Contracting Party in accordance with its legislation.

2. Documents which, in the application of the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and in the implementation of this Agreement, must be submitted to an authority or institution of one Contracting Party, may be submitted to an authority or institution of the other Contracting Party without consular authentication or any other similar formality.

Article 12 **Languages of communication**

In the application of the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and in the implementation of this Agreement, the agencies referred to in paragraph 1 of Article 10 may communicate in their respective official languages directly with each other as well as with persons concerned and with their representatives.

Article 13 **Lodgement of documents**

1. If a claim for a benefit under the legislation of one Contracting Party has been submitted to an agency of the Contracting Party which, under the legislation of the latter Contracting Party, is competent to receive a claim for a corresponding benefit, that claim shall be deemed to have been submitted to the competent institution of the first Contracting Party on the same date as the claim was lodged with the agency in the other Contracting Party. This provision shall apply, as appropriate, to other claims, notices and appeals.

2. Where a claim, notice or appeal is received by an agency of one Contracting Party, that agency shall ensure it is forwarded without delay to the appropriate liaison agency of the other Contracting Party.

3. In relation to Australia, an appeal means an appeal submitted to a body established under the social security laws of Australia.

4. Subject to paragraph 5, a claim by a person for a benefit from a Contracting Party, whether lodged in the territory of that Contracting Party or of the other Contracting Party, shall be deemed to be a claim for a corresponding benefit from that other Contracting Party if the information disclosed by the person in the original claim indicates that the person may be qualified for a corresponding benefit. The foregoing shall not apply if the person is under the normal age pension age of the other Contracting Party and the person explicitly requests that the determination of entitlement to old age benefits acquired under the legislation of the other Contracting Party be deferred.

5. Paragraph 4 shall not apply if the original claim or a copy is not received by the appropriate liaison agency of the other Contracting Party within six months of the lodgement of the original claim.

Article 14 **Recovery of overpayments**

1. Where a German institution has made an overpayment of a benefit to a person for any period and the Australian institution is

Träger für denselben Zeitraum eine Leistung nachzuzahlen, so behält der australische Träger auf Ersuchen des deutschen Trägers den Betrag der zu Unrecht erbrachten Leistung von der Nachzahlung ein und leitet diesen Betrag an den deutschen Träger weiter.

(2) Sofern

- a) einer Person in Bezug auf eine Zeit in der Vergangenheit nach den deutschen Rechtsvorschriften eine Leistung gezahlt wird oder zu zahlen ist,
- b) Australien dieser Person für die Gesamtheit oder einen Teil dieser Zeit eine Leistung nach seinen Gesetzen über soziale Sicherheit gezahlt hat und
- c) der Betrag der von Australien gezahlten Leistung gekürzt worden wäre, wenn die nach den deutschen Rechtsvorschriften gezahlte oder zu zahlende Leistung während dieser Zeit gezahlt worden wäre,

dann

- d) wird der Betrag, der von Australien nicht gezahlt worden wäre, wenn die unter Buchstabe a beschriebene Leistung während dieser Zeit in der Vergangenheit regelmäßig gezahlt worden wäre, von dieser Person geschuldet und kann von Australien beigetrieben werden,
- e) kann Australien beschließen, dass der Betrag oder nur ein Teil dieser Schuld von künftigen Leistungszahlungen, die Australien an diese Person zu erbringen hat, abgezogen werden kann.

(3) Hat der deutsche Träger die in Absatz 2 Buchstabe a bezeichnete Leistung noch nicht an die Person gezahlt,

- a) so zahlt der deutsche Träger auf Ersuchen des australischen Trägers den zur Begleichung der in Absatz 2 Buchstabe d bezeichneten Schuld notwendigen Leistungsbetrag an den australischen Träger und zahlt einen etwaigen Restbetrag an die Person aus;
- b) ein etwaiger Fehlbetrag kann von der zuständigen Behörde Australiens nach Absatz 2 Buchstabe e eingezogen werden.

(4) In Absatz 2 bedeutet der Ausdruck „Leistung“ in Bezug auf Australien eine Rente, Leistung oder Beihilfe, die nach den australischen Gesetzen über soziale Sicherheit zu zahlen ist.

Artikel 15 Datenschutz

(1) Im Rahmen der Hilfe nach Artikel 10 übermittelt eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei Daten über eine Person, insbesondere über von ihr an diese Person geleistete Zahlungen, nur dann, wenn diese Person

- a) von einer Bestimmung des Abkommens Gebrauch macht,
- b) nach Inkrafttreten des Abkommens eine Leistung von der ersten Vertragspartei beantragt oder
- c) vor Inkrafttreten des Abkommens von der zweiten Vertragspartei eine Leistung bezieht und die erste Vertragspartei ermächtigt, der zweiten Vertragspartei die Daten zur Verfügung zu stellen.

(2) Ungeachtet der Gesetze oder Verwaltungsgepflogenheiten einer Vertragspartei werden personenbezogene Daten betreffend eine Person, die diese Vertragspartei von der anderen Vertragspartei erhält, nicht ohne die vorherige schriftliche Zustimmung dieser anderen Vertragspartei an ein anderes Land oder an eine Organisation in diesem anderen Land weitergeleitet oder diesem beziehungsweise dieser offenbart.

(3) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass es außer in den in Absatz 1 genannten Fällen keine Verpflichtung für einen Träger gibt, personenbezogene Daten zu offenbaren.

(4) Für die Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aufgrund dieses Abkommens oder einer Vereinbarung zu seiner

to pay arrears of an Australian benefit for the same period, the Australian institution shall, at the request of that German institution, deduct from those arrears the amount of the overpayment by the German institution and shall transfer the amount so deducted to the German institution.

2. Where:

- (a) a benefit is paid or payable under German legislation to a person in respect of a past period;
- (b) for all or part of that period, Australia has paid to that person a benefit under its social security law; and
- (c) the amount of the benefit paid by Australia would have been reduced had the benefit paid or payable under German legislation been paid during that period;

then

- (d) the amount that would not have been paid by Australia had the benefit described in subparagraph (a) been paid on a periodical basis throughout that past period shall be a debt due by that person and may be recovered by Australia; and
- (e) Australia may determine that the amount or only part of that debt may be deducted from future payments of a benefit payable by Australia to that person.

3. Where a German institution has not yet paid the benefit described in subparagraph 2(a) to the person:

- (a) the German institution shall, at the request of the institution of Australia pay the amount of the benefit necessary to meet the debt described in subparagraph 2(d) to the Australian institution and shall pay any excess to the person; and
- (b) any shortfall may be recovered by the competent authority of Australia under subparagraph 2(e).

4. In paragraph 2, "benefit" means, in relation to Australia, a pension, benefit or allowance that is payable under the social security law of Australia.

Article 15 Data protection

1. In providing assistance under Article 10, a Contracting Party shall supply to the other Contracting Party data about a person, particularly about any payments it makes to that person, only where that person:

- (a) wishes to make use of any provision of the Agreement; or
- (b) claims a benefit from the first Contracting Party after the Agreement enters into force; or
- (c) is receiving a benefit from the second Contracting Party before the Agreement enters into force and authorises the first Contracting Party to provide the data to the second Contracting Party.

2. Notwithstanding any laws or administrative practices of a Contracting Party, no personal data concerning a person which is received by that Contracting Party from the other Contracting Party shall be transferred or disclosed to any other country or to any organisation within that other country without the prior written consent of that other Contracting Party.

3. The Contracting Parties agree that there is no obligation on any institution to disclose personal data except under paragraph 1.

4. The processing and use of any personal data or any business or industrial secret made in accordance with this Agreement or with any arrangement for the implementation of the

Durchführung gilt das jeweilige innerstaatliche Datenschutzrecht. Die genannten Daten dürfen nur den in Artikel 16 genannten Stellen übermittelt werden. Der Empfänger der Daten ist verpflichtet, diese wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(5) Die aufgrund dieses Artikels übermittelten Daten dürfen vom Empfänger nicht unbefugt offenbart und nur zur Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, verarbeitet oder genutzt werden. Eine weitere Übermittlung durch den Empfänger für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts der Vertragspartei, welche die Daten empfangen hat, zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten durch die Vertragspartei, welche die Daten empfangen hat, in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften dieser Vertragspartei für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere als die in Artikel 16 genannten Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stellen erfolgen.

(6) Die übermittelnde Stelle achtet auf die Richtigkeit der übermittelten Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck. Stellt die übermittelnde Stelle fest, dass Daten anders als in Übereinstimmung mit diesem Absatz übermittelt worden sind, so teilt sie dies dem Empfänger unverzüglich mit. Der Empfänger ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung der Daten vorzunehmen. Er teilt der übermittelnden Stelle auf Ersuchen mit, zu welchem Zweck und mit welchem Ergebnis die übermittelten Daten verwendet wurden.

(7) Der Empfänger der Daten erteilt einer Person auf Antrag Auskunft über die in Bezug auf sie übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, von deren Stelle die Auskunft begehrt wird.

(8) Der Empfänger von Daten, die aufgrund dieses Abkommens übermittelt wurden, löscht diese Daten, wenn sie für die Durchführung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften, auf die sich das Abkommen bezieht, nicht mehr erforderlich sind.

(9) Falls die Übermittlung unrichtiger Daten dazu führt, dass eine Person einen niedrigeren Leistungsbetrag erhält, passt die Stelle, die für die Zahlung der Leistung zuständig ist, den Betrag der Leistung an und nimmt rückwirkend die der Person zustehenden Zahlungen vor, wenn die berichtigten Daten eingehen.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 16

Durchführungsvereinbarungen und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen der Vertragsparteien oder die zuständigen Behörden können zur Durchführung dieses Abkommens Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bezeichnet:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland
für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen, Oldenburg,

Agreement shall be governed by the respective national laws concerning the protection of data. The said data shall be transmitted to the bodies specified in Article 16 only. The recipient of the data shall be obliged to protect the data effectively against unauthorised access, modification and disclosure.

5. Data transmitted in accordance with this Article shall not be disclosed by the recipient without authorisation and shall be processed or used only for the purposes of implementing this Agreement or the legislation to which it applies. The passing on of this data by the recipient for other purposes is permissible in the framework of the law of the Contracting Party receiving the data provided this serves social security purposes including related judicial proceedings. However, the foregoing shall not prevent the Contracting Party receiving the data from passing it on in cases that are mandatory under the laws and regulations of that Party for the interests protected by criminal law or for the purposes of taxation. In all other cases the passing on to bodies other than those specified in Article 16 shall only be permissible upon prior consent of the transmitting bodies.

6. The transmitting body shall ensure that transmitted data is correct and reasonably necessary for the purpose for which the transmission is intended. Should the transmitting body find that data has been transmitted otherwise than in accordance with this paragraph the transmitting body shall notify the recipient immediately. The recipient shall be obliged to correct or delete the data. It shall, at the request of the transmitting body, notify that body of the purposes for which the transmitted data has been used and the results obtained from that usage.

7. The recipient of the data shall, upon the request of a person, provide to that person details of the data transmitted in relation to that person and the uses for which that data is intended to be put. In all other cases, the right of the person concerned to receive details of the data held in relation to that person shall be determined by the national law of the Contracting Party whose body requested the information.

8. A recipient of data transmitted under this Agreement shall delete that data when it ceases to be necessary for the application of this Agreement or the legislation to which the Agreement applies.

9. Should the transmission of incorrect data result in a person receiving a lesser amount of benefit, the agency responsible for paying the benefit shall adjust the amount of the benefit and pay any retrospective amounts owing to the person when the correct data is received.

Chapter 2

Implementation and interpretation of the Agreement

Article 16

Implementation arrangements and liaison agencies

1. The Governments of the Contracting Parties or the competent authorities may conclude arrangements for the implementation of this Agreement. The competent authorities shall keep each other informed about any amendments or additions to their legislation.

2. The following are designated as liaison agencies for the implementation of this Agreement:

- (a) in the Federal Republic of Germany,
for the Wage Earners' Pension Insurance,
the Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen, Oldenburg

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

b) in Australien

der Träger, dem die Ausführung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze obliegt.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese bezeichnete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und der Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

- a) deutsche Versicherungszeiten und australische Wohnzeiten während des Arbeitslebens vorhanden sind,
- b) der Berechtigte sich in Australien gewöhnlich aufhält oder
- c) der Berechtigte sich als australischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien aufhält.

Satz 1 gilt nicht für das Erbringen der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse bleibt unberührt.

(5) Den Verbindungsstellen nach Absatz 2 und den Trägern nach Absatz 4 obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über ihre Rechte und Pflichten nach diesem Abkommen.

(6) Die Verbindungsstellen nach Absatz 2 und die Träger nach Absatz 4 schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung (Administrative Arrangement), in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung dieses Abkommens notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

(7) Die Verbindungsstellen nach Absatz 2 und die Träger nach Absatz 4 erstellen, soweit möglich, für jedes Kalenderjahr Statistiken über die aufgrund des Abkommens vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

(8) Geldleistungen werden an Empfänger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieser Vertragspartei ausgezahlt.

Artikel 17

Währung und Umrechnungskurs

(1) Leistungen können von einem Träger der einen Vertragspartei nach seinem Ermessen an eine Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in der Währung

- a) der ersten Vertragspartei,
- b) der anderen Vertragspartei oder
- c) eines dritten Staates

wirksam erbracht werden.

(2) Werden Leistungen eines deutschen Trägers in der Währung der anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates erbracht, so ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, an dem die Übermittlung vorgenommen wird.

for the Salaried Employees' Pension Insurance,
the Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin

for the Miners' Pension Insurance,
the Bundesknappschaft, Bochum

for the Steelworkers' Supplementary Insurance,
the Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

(b) in Australia,

the institution responsible for the administration of the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2.

3. Where German legislation does not already make provision to this effect, the liaison agency designated for the Wage Earners' Pension Insurance system shall be responsible, within the scope of that system, for all procedures including the determination and award of benefits, provided that:

- (a) there are German periods of coverage and periods of Australian working life residence;
- (b) the person entitled to a benefit ordinarily resides in Australia; or
- (c) the person entitled to a benefit is an Australian national who ordinarily resides outside the territories of both Contracting Parties.

This paragraph shall not apply to the provision of medical, occupational, and supplementary rehabilitation benefits.

4. The jurisdiction of the Railways Insurance Institution and the Seamen's Insurance Institution shall remain unaffected.

5. The liaison agencies listed in paragraph 2 and the institutions mentioned in paragraph 4 shall, within their respective areas of jurisdiction, be responsible for generally informing the persons concerned about their rights and obligations under this Agreement.

6. The liaison agencies listed in paragraph 2 and the institutions mentioned in paragraph 4, with the participation of the competent authorities, shall conclude an Administrative Arrangement (Verwaltungsvereinbarung) setting out the administrative measures required and expedient for implementing this Agreement.

7. As far as possible, the liaison agencies listed in paragraph 2 and the institutions mentioned in paragraph 4 shall compile statistics on the payments made under the Agreement for each calendar year. Where possible, these statistics will show the number and total amount of pensions and lump-sum settlements by type of pension. These statistics shall be exchanged.

8. Cash benefits payable to recipients in the territory of the other Contracting Party shall be paid without recourse to a liaison agency in that Contracting Party.

Article 17

Currency and exchange rate

1. To provide for the effective payment of benefits an institution of a Contracting Party may, at its discretion, pay a benefit to a person in the territory of the other Contracting Party in the currency of:

- (a) the first Contracting Party;
- (b) the other Contracting Party; or
- (c) a third country.

2. If benefits of a German institution are paid in the currency of the other Contracting Party or of a third country, the conversion rate shall be the rate of exchange in effect on the day when the remittance is made.

Artikel 18**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie, sofern nichts anderes vereinbart wird, auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet, dessen Zusammensetzung zwischen den Vertragsparteien von Fall zu Fall vereinbart wird. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren einschließlich der Kostenregelung selbst. Seine Entscheidungen sind bindend.

Teil IV**Übergangs- und Schlussbestimmungen****Artikel 19****Berücksichtigung von Ansprüchen nach dem Abkommen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Sofern das Abkommen nichts anderes bestimmt, werden bei seiner Anwendung und der Feststellung von Rechten nach dem Abkommen (einschließlich einer Entscheidung über den Erwerb eines Leistungsanspruchs) alle rechtserheblichen Ereignisse einschließlich Versicherungszeiten und Zeiten als Einwohner Australiens berücksichtigt, unabhängig davon, wann diese Ereignisse eingetreten sind.

(3) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Ist eine Leistung nach den deutschen Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Abkommens bindend festgestellt worden, so erfolgt eine Überprüfung und Neufeststellung dieser Leistung nach diesem Abkommen nur, wenn der Berechtigte dies ausdrücklich beantragt.

Artikel 20**Schlussprotokoll**

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 21**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 22**Geltungsdauer**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei der anderen Vertragspartei.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs

Article 18**Resolution of disputes**

1. Disagreements between the two Contracting Parties regarding the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled by the competent authorities.

2. Unless otherwise agreed, if a disagreement cannot thus be resolved it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitration tribunal whose composition shall be agreed upon by the Contracting Parties in each instance. The arbitration tribunal shall establish its own rules of procedure, including the allocation of costs. The decisions of the arbitration tribunal shall be binding.

Part IV**Transitional and final provisions****Article 19****Consideration of entitlements under the Agreement**

1. This Agreement shall not establish any entitlement to benefits for any period prior to its entry into force.

2. Unless otherwise provided in the Agreement, when the Agreement is being implemented and when rights under it (including deciding eligibility for benefits under the Agreement) are being determined, all valid and relevant events including periods of coverage and periods as an Australian resident, no matter when they occurred, shall be taken into consideration.

3. The legal force of former decisions shall not preclude the application of this Agreement.

4. If a benefit has been determined under German legislation with binding force before the entry into force of this Agreement, a review and recalculation under this Agreement of this benefit shall only be carried out if the beneficiary explicitly so requests.

Article 20**Concluding Protocol**

The attached Concluding Protocol shall form an integral part of this Agreement.

Article 21**Entry into force**

1. This Agreement shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged in Berlin as soon as possible.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

Article 22**Period of the Agreement**

1. This Agreement shall be concluded for an indefinite period of time. Either Contracting Party may denounce this Agreement in writing through diplomatic channels at the end of a calendar year by giving three months' notice. This period of notice shall be calculated from the day on which the notice is received by the other Contracting Party.

2. In the event of termination by denunciation, the provisions of this Agreement shall continue to apply in respect of claims to benefits acquired not later than the effective date of that termination; restrictive legislation regarding the exclusion of an entitle-

oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des vorübergehenden oder gewöhnlichen Aufenthalts in einem anderen Staat bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

ment or the suspension or withdrawal of benefits on the grounds of temporary or ordinary residence in another state shall not be applicable to such claims.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Agreement.

Geschehen zu Canberra am 13. Dezember 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Canberra on 13 December 2000 in two copies in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Horst Bächmann
Walter Riester

Für Australien
For Australia
Jocelyn Newman

Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über Soziale Sicherheit

Concluding Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany and Australia
on Social Security

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsparteien, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

- a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gilt Teil II des Abkommens nicht.
- b) Sind nach den deutschen Rechtsvorschriften außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der deutsche Träger vorbehaltlich des Buchstabens c bei der Anwendung des Abkommens die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.
- c) Artikel 2 Absatz 4 und der vorstehende Buchstabe finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus völkerrechtlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Versicherungslastregelungen in völkerrechtlichen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten bleiben unberührt.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften, welche die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Australische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung nach den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i bis iii genannten Rechtsvorschriften berechtigt, wenn sie nach diesen Rechtsvorschriften Beitragszeiten für mindestens sechzig Kalendermonate haben. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern ii und iii bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet von Australien aufhalten.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) In Bezug auf Versicherungsfälle in der deutschen Unfallversicherung, die vor dem 1. Januar 1997 eingetreten sind, gilt Folgendes:

Artikel 5 gilt entsprechend für Geldleistungen aus der deutschen Unfallversicherung an Berechtigte, die sich als

At the time of signing the Agreement on Social Security concluded this day between the Federal Republic of Germany and Australia, the plenipotentiaries of both Contracting Parties stated that they are in agreement on the following points:

1. With reference to Article 2 of the Agreement:

- (a) Part II of the Agreement shall not apply to the Steelworkers' Supplementary Insurance and to the Farmers' Old Age Security of the Federal Republic of Germany;
- (b) subject to paragraph (c), where under the German legislation both the conditions for the application of the Agreement and the conditions for the application of any other convention or supranational arrangement are satisfied, the German institution shall disregard that other convention or supranational arrangement when applying the Agreement; and
- (c) paragraph 4 of Article 2 and the preceding subparagraph shall not apply if the social security legislation, which arises for the Federal Republic of Germany from international treaties or supranational laws or is designed to implement them, contains provisions relating to the apportionment of insurance burdens.

2. With reference to Article 4 of the Agreement:

- (a) provisions relating to the apportionment of insurance burdens that may be contained in international treaties between the Federal Republic of Germany and other states shall not be affected;
- (b) the German legislation guaranteeing the participation of insured people and employers in the self government bodies of the institutions and their associations and in the adjudication of social security matters shall remain unaffected; and
- (c) Australian nationals who ordinarily reside outside the territory of the Federal Republic of Germany shall be entitled to voluntary coverage under the legislation specified under subparagraphs 1(a)(i), (ii) and (iii) of Article 2 if they have periods of contributions under that legislation for at least sixty calendar months. This shall also apply to persons specified in subparagraphs (a)(ii) and (iii) of Article 3 who ordinarily reside in the territory of Australia.

3. With reference to Article 5 of the Agreement:

- (a) With respect to contingencies under German Industrial Accident Insurance which occurred prior to 1 January 1997 the following shall apply:

Article 5 shall apply, as appropriate, to cash benefits payable under German Industrial Accident Insurance to

australische Staatsangehörige in Australien gewöhnlich aufhalten, sofern das jeweils anwendbare Recht Australiens, eines Bundesstaats oder eines Territoriums über eine gesetzliche Unfallversicherung die Zahlung entsprechender Geldleistungen an deutsche Staatsangehörige vorsieht, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten. Dies gilt entsprechend in Bezug auf die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern ii bis iv genannten Personen, die sich in Australien gewöhnlich aufhalten, sofern das jeweils anwendbare Recht Australiens, eines Bundesstaats oder eines Territoriums über eine gesetzliche Unfallversicherung die Zahlung entsprechender Geldleistungen an die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern ii bis iv genannten Personen vorsieht, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten.

- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Geldleistungen aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, bleiben unberührt.
 - c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Geldleistungen aus Arbeitsunfällen (einschließlich Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war, bleiben unberührt.
 - d) Die deutschen Rechtsvorschriften über das Erbringen von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt. Die australischen Rechtsvorschriften, welche die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit an eine Person, die nicht schwerbehindert ist, vorsehen, auf diese Rente Anwendung finden oder sie berühren, bleiben unberührt.
 - e) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Australien gilt Artikel 5 des Abkommens in Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.
 - f) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der deutschen Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, bleiben unberührt.
4. Zu Artikel 6 des Abkommens:
- a) Artikel 6 gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.
 - b) Den für einen Anspruch auf Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften erforderlichen Pflichtbeitragszeiten stehen Wohnzeiten in Australien gleich, in denen eine Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeübt wurde.
 - c) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei oder vergleichbare Tatbestände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften von Australien gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in Australien.
 - d) Bergbauliche Betriebe im Sinne des Artikels 6 Buchstabe b sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

beneficiaries who are Australian nationals and who ordinarily reside in Australia, provided that the applicable law of Australia or of a federal state or territory regarding statutory accident insurance provides for payment of corresponding cash benefits to German nationals who ordinarily reside in the territory of the Federal Republic of Germany. This shall apply, as appropriate, with regard to the persons specified in subparagraphs (a)(ii), (iii) and (iv) of Article 3 who ordinarily reside in Australia, provided that the applicable law of Australia or of a federal state or territory regarding statutory accident insurance provides for the payment of corresponding cash benefits to the persons specified in subparagraphs (a)(ii), (iii) and (iv) of Article 3, who ordinarily reside in the territory of the Federal Republic of Germany;

- (b) the German legislation regarding cash benefits based on periods of coverage completed under laws other than (German) federal law shall not be affected;
 - (c) the German legislation regarding cash benefits in respect of occupational accidents (including occupational diseases) for which the injured party was not insured under (German) federal law at the time the accident occurred shall not be affected;
 - (d) the German legislation regarding medical, occupational and supplementary rehabilitation benefits provided by a pension insurance institution shall not be affected. Australian legislation which provides for, applies to or affects disability support pension for a person who is not severely disabled shall not be affected;
 - (e) with regard to a pension under the German legislation governing reduced earning capacity, Article 5 of the Agreement shall apply to persons who ordinarily reside in Australia only if entitlement exists when the labour market situation is disregarded; and
 - (f) the German legislation providing for the suspension of claims under German pension insurance for persons who go abroad to evade criminal proceedings against them shall not be affected.
4. With reference to Article 6 of the Agreement:
- (a) Article 6 shall apply, as appropriate, to benefits which are granted at the discretion of an institution under the German legislation;
 - (b) residence periods in Australia during which an employment or self employment was exercised shall be equivalent to the periods of compulsory contributions required under the German legislation for a claim to a pension;
 - (c) where the German legislation provides that the entitlement to benefits requires the completion of certain periods of coverage within a specified period and where the legislation also provides that this period is extended by certain circumstances or periods of coverage, periods of coverage under the legislation of the other Contracting Party or comparable circumstances within the territory of the other Contracting Party shall be taken into account for such an extension. Comparable circumstances are periods during which disability or age pensions or benefits on account of sickness, unemployment or industrial accidents (with the exception of pensions) were paid under the Australian legislation as well as periods of child raising in Australia; and
 - (d) mining enterprises within the meaning of subparagraph (b) of Article 6 are enterprises which mine minerals or similar substances and those which quarry stone and earth predominantly in underground operations.

5. Zu Artikel 9 des Abkommens:
Eine australische Rente wegen Erwerbsunfähigkeit nach dem Abkommen ist an eine Person, die nicht schwerbehindert ist, nicht länger als für 26 Wochen zahlbar, während sie sich außerhalb von Australien aufhält.
6. Zu Artikel 15 des Abkommens:
Eine Person,
i) die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens von der Bundesrepublik Deutschland eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bezieht,
ii) deren Anspruch auf diese Rente aus Altersgründen endet und
iii) die unmittelbar danach die Voraussetzungen für eine Altersrente von der Bundesrepublik Deutschland erfüllt,
wird so behandelt, als habe sie diese Altersrente nicht im Sinne des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b beantragt.
7. Zu Artikel 16 des Abkommens:
Entscheidungen deutscher Gerichte und Bescheide deutscher Träger können einer Person, die sich in Australien aufhält, unmittelbar zugestellt werden; die Zustellung kann durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bewirkt werden. Satz 1 gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.
8. Bei der Durchführung des Abkommens werden deutsche Rechtsvorschriften, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.
5. With reference to Article 9 of the Agreement:
Australian disability support pension under the Agreement shall not be payable for more than 26 weeks to a person who is not severely disabled while that person is outside Australia.
6. With reference to Article 15 of the Agreement:
A person who:
(i) is in receipt of a pension on account of reduced earning capacity from the Federal Republic of Germany at the time the Agreement enters into force;
(ii) ceases to be entitled to that pension because of age; and
(iii) immediately qualifies for an age pension from the Federal Republic of Germany,
shall be deemed not to have claimed that age pension for the purposes of subparagraph 1(b) of Article 15.
7. With reference to Article 16 of the Agreement:
German court decisions and German institutions' notifications may be communicated directly to persons residing in Australia and may be sent by registered mail with acknowledgement of receipt. The first sentence shall also apply to decisions, notifications, and other documents which must be served, issued in connection with the implementation of the German law governing war victims' assistance and those laws which declare the first mentioned law to be applied accordingly.
8. In the implementation of the Agreement, the German legislation, to the extent that it contains more favourable provisions for persons who have suffered because of their political attitude or for reasons of their race, religion or ideology shall not be affected.

Geschehen zu Canberra am 13. Dezember 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Canberra on 13 December 2000 in two copies in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Horst Bächmann
Walter Riester

Für Australien
For Australia
Jocelyn Newman

Gesetz
zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen

Vom 28. August 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Freiburg am 12. Juni 2001 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen, wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Notenwechsel gemäß Artikel 3 des Abkommens durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. August 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la construction et à l'entretien de ponts frontières sur le Rhin
dont les Parties contractantes n'assurent pas la maîtrise d'ouvrage

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik –

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement de la République française –

in Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze,

in Anbetracht des Übereinkommens vom 23. Januar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen (sogenanntes Karlsruher Übereinkommen),

in Anlehnung an die Bestimmungen des Vertrages vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Oberrhens zwischen Basel und Straßburg,

in dem Bestreben, die nachbarschaftlichen Verbindungen zu erleichtern,

mit dem Ziel, die Grundsätze über den Bau, die Finanzierung und die Erhaltung von Grenzbrücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Französischen Republik im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Autobahnen und der Nationalstraßen zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung der Grenzbrücken über den Rhein in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Französischen Republik im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Autobahnen und der Nationalstraßen. Es ist auf Brücken anwendbar, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens gelten als

1. „Grenzbrücke“ eine Brücke, die die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik überspannt;

Considérant l'Accord du 30 janvier 1953 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif aux ponts fixes et bacs sur le Rhin à la frontière franco-allemande,

considérant l'Accord du 23 janvier 1996 (dit Accord de Karlsruhe), conclu entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le Gouvernement de la République française, le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Conseil fédéral suisse, agissant au nom des cantons de Soleure, de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, d'Argovie et du Jura, sur la coopération transfrontalière entre collectivités territoriales et organismes publics locaux,

rappelant les dispositions du Traité du 27 octobre 1956, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République française, relatif à l'aménagement du cours supérieur du Rhin entre Bâle et Strasbourg,

animés du désir de faciliter les liaisons de voisinage,

dans le but de définir les principes relatifs à la construction, au financement et à l'entretien de ponts frontières entre la République fédérale d'Allemagne et la République française en liaison avec des voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication en République fédérale d'Allemagne et des autoroutes et des routes nationales en France –

sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

Le présent Accord définit les principes relatifs à la construction et à l'entretien des ponts frontières sur le Rhin, en liaison avec des voies publiques en dehors du réseau des autoroutes et des routes nationales en France, en liaison avec des voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication en République fédérale d'Allemagne. Il s'applique aux ponts dont la maîtrise d'ouvrage n'est pas assurée par les Parties contractantes.

Article 2

Aux fins du présent accord, on entend par:

1. Pont frontière: un pont installé sur la frontière établie entre la France et l'Allemagne;

- | | |
|---|--|
| <p>2. „öffentliche Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen“ in der Bundesrepublik Deutschland Landes-, Kreis-, Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Wege;</p> <p>3. „öffentliche Straßen außerhalb des Netzes der Autobahnen und der Nationalstraßen“ in der Französischen Republik alle öffentlichen Straßen in der Baulast der Gebietskörperschaften und ihrer Zusammenschlüsse;</p> <p>4. „den Grenzbrücken zugehörige Anlagen“ die Zufahrten, Uferbefestigungen und Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen sowie die Verkehrssicherungseinrichtungen im Bereich der Grenzbrücken;</p> <p>5. „Bauausführung“ insbesondere die Erstellung der Vermessungsunterlagen, die Baugrunduntersuchung, die Planung sowie der Entwurf, die Ausschreibung, die Prüfung der Ausführungsunterlagen, die Auftragsvergabe, der Bau, die Bauüberwachung und die Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen, die Abnahme des Bauwerks und die Arbeiten im Rahmen der Gewährleistung;</p> <p>6. „Erhaltung“ alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind, und insbesondere alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der Grenzbrücken unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse der Grenzbrücke zu verändern;</p> <p>7. „Betrieb“ alle Maßnahmen und Eingriffe im Hinblick auf die ganzjährige Gewährleistung der Verkehrssicherheit der berechtigten Benutzer unter den bestmöglichen Sicherheitsbedingungen, dies umfasst insbesondere die Reinigung des Bauwerks und den Winterdienst;</p> <p>8. „Verwaltung“ alle notwendigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Bauwerks;</p> <p>9. „zuständige Stellen“ in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien die Gebietskörperschaften, ihre Zusammenschlüsse insbesondere die im Karlsruher Übereinkommen vom 23. Januar 1996 vorgesehenen und alle anderen juristischen Personen mit Ausnahme der Vertragsparteien, denen die Bauausführung, die Finanzierung, die Erhaltung und gegebenenfalls der Betrieb der Grenzbrücke obliegen.</p> | <p>2. Voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication: en République fédérale d'Allemagne, les routes à la charge des Länder, des circonscriptions, des communes et tout autre chemin public;</p> <p>3. Voies publiques en dehors du réseau des autoroutes et routes nationales: en France, toutes les voies publiques à la charge des collectivités territoriales et de leurs groupements;</p> <p>4. Équipements annexes des ponts frontières: les voies d'accès, les défenses de rives ainsi que les dispositifs de drainage et d'éclairage et les installations destinées à assurer la sécurité de la circulation dans le secteur des ponts frontières;</p> <p>5. Travaux de construction: notamment les opérations foncières et topographiques, les expertises techniques, les études de conception, le projet, l'appel d'offres, la vérification des cahiers des charges, la passation des marchés, la construction, la surveillance des travaux de construction et le contrôle des décomptes des prestations contractuelles, la réception de l'ouvrage et les travaux exécutés au titre de la garantie;</p> <p>6. Entretien: tous les travaux nécessaires à la maintenance, à la remise en état et à la réfection des ponts frontières et des équipements annexes, et notamment toutes les opérations garantissant une utilisation normale des ponts frontières et leur maintien dans un bon état technique, conformément à la capacité de charge, sans modification importante de leurs dimensions constitutives et de leurs caractéristiques statiques;</p> <p>7. Exploitation: toutes mesures et interventions visant à assurer la circulation sur l'ouvrage des usagers autorisés tout au long de l'année et dans les meilleures conditions de sécurité, ce qui inclut notamment le nettoyage et le service hivernal;</p> <p>8. Gestion administrative: toutes mesures nécessaires pour l'exploitation réglementaire de l'ouvrage;</p> <p>9. Instances compétentes: conformément aux législations nationales des Parties contractantes, les collectivités territoriales, leurs groupements, notamment ceux prévus par l'Accord de Karlsruhe du 23 janvier 1996, et toutes personnes morales autres que les Parties contractantes, chargées d'assurer les travaux de construction, le financement, l'entretien et, le cas échéant, l'exploitation du pont frontière.</p> |
|---|--|

Artikel 3

Die Errichtung einer Grenzbrücke gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens wird durch eine Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien gebilligt, welche die Form eines Notenwechsels haben kann.

Artikel 4

(1) Sämtliche Bestimmungen bezüglich des Bauprogramms, der Bauausführung, der Finanzierung, der Erhaltung und gegebenenfalls des Betriebs werden in einem Rechtsakt der zuständigen Stellen oder der zuständigen Stelle festgelegt. Je nach Fall und nach Maßgabe des für die betroffenen zuständigen Stellen geltenden Rechts hat dieser Rechtsakt die Form eines Beschlusses, eines öffentlich-rechtlichen Vertrages oder einer Vereinbarung.

(2) Dieser Rechtsakt enthält insbesondere Bestimmungen über

- die Bezeichnung der zuständigen Stelle, der die Bauausführung obliegt,
- die Bezeichnung der zuständigen Stelle, die mit der Erhaltung, Verwaltung und gegebenenfalls dem Betrieb des Bauwerks beauftragt ist,
- das auf ihn anwendbare Recht,
- die Modalitäten für den Erwerb oder die Bereitstellung der für die Ausführung des Bauwerks notwendigen Grundstücke,

Article 3

La construction d'un pont frontière selon les dispositions du présent Accord est autorisée par un accord entre les Parties contractantes. Cet accord peut prendre la forme d'un échange de notes.

Article 4

(1) Toutes les dispositions concernant le programme, les travaux de construction, le financement, l'entretien et, le cas échéant, l'exploitation sont prévues par un acte juridique adopté par la ou les instances compétentes concernées. Selon le cas et conformément au droit applicable aux instances compétentes concernées, cet acte juridique prend la forme d'une délibération, d'une convention ou d'un contrat.

(2) Cet acte juridique contient notamment les dispositions concernant:

- le nom de l'instance compétente qui assure la maîtrise d'ouvrage,
- le nom de l'instance compétente chargée de la gestion administrative, de l'entretien et, le cas échéant, de l'exploitation de l'ouvrage,
- le droit qui lui est applicable,
- les modalités d'acquisition ou de mise à disposition des terrains nécessaires à la construction de l'ouvrage,

- sämtliche technischen Angaben des Bauwerks,
- die Finanzierung,
- das Eigentum am Bauwerk,
- die Bauausführung, die zugehörigen Anlagen und die Erhaltung des Bauwerks.

(3) Unbeschadet der Artikel 8 und 9 dieses Abkommens bestimmt sich das auf den Bau, die Verwaltung, die Erhaltung und gegebenenfalls den Betrieb der Grenzbrücke anzuwendende Recht nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Zuständigkeitsbereich die damit beauftragte Stelle fällt. Die zuständigen Stellen, die nicht mit der Verwaltung, Erhaltung und gegebenenfalls dem Betrieb des Bauwerks beauftragt sind, können für Schäden, die aufgrund dieses Bauwerks eingetreten sind, nicht haftbar gemacht werden.

(4) Bei der Aufteilung der Kosten zwischen den zuständigen Stellen gemäß des Rechtsaktes bleibt die deutsche Umsatzsteuer oder die französische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, unberücksichtigt. Die in den Kosten enthaltene deutsche Umsatzsteuer wird allein von der deutschen Seite getragen. Die in den Kosten enthaltene französische Mehrwertsteuer wird allein von der französischen Seite getragen.

Artikel 5

(1) Für jedes Bauvorhaben einer Grenzbrücke bilden die zuständigen Stellen eine deutsch-französische Arbeitsgruppe.

(2) Die Arbeitsgruppe hat eine beratende Aufgabe bei Fragen, die sich hinsichtlich der Finanzierung, der Bauausführung, der dazugehörigen Anlagen und der Erhaltung der Grenzbrücke ergeben. Sie unterbreitet den zuständigen Stellen Vorschläge insbesondere zu

- dem Standort, den Abmessungen und den Merkmalen der Grenzbrücke,
- der Bauausführung,
- den Zahlungen und den Zahlungsbedingungen,
- den Grundsätzen für die Erhaltung des Bauwerks und der zugehörigen Anlagen.

(3) Die zuständigen Stellen sind verpflichtet, der Arbeitsgruppe die notwendigen Unterlagen vorzulegen, um die Vorschläge der Arbeitsgruppe vorzubereiten.

(4) Die Arbeitsgruppe kann zu den Sitzungen Experten einladen.

(5) Die Arbeitsgruppe macht ihre Vorschläge grundsätzlich im gegenseitigen Einvernehmen. Falls abweichende Meinungen auftreten, werden sie den zuständigen Stellen mitgeteilt.

Artikel 6

Die vorhandenen technischen Unterlagen für den Bau der Grenzbrücke werden der jeweils zuständigen Stelle durch die nicht bauausführende zuständige Stelle kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere geodätische Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

Artikel 7

Die Oberrheinkonferenz ist durch die zuständigen Stellen über das jeweilige Brückenbauvorhaben zu unterrichten.

Artikel 8

(1) Die beim Bau, der Erhaltung, dem Betrieb und der Kontrolle der Grenzbrücken beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsparteien wie auch alle anderen an den vorgenannten Tätigkeiten beteiligten Personen, die weder in der Bundesrepublik Deutsch-

- toutes les caractéristiques techniques de l'ouvrage,
- le financement,
- la propriété de l'ouvrage,
- les travaux de construction, les équipements annexes et l'entretien de l'ouvrage.

(3) Sans préjudice des articles 8 et 9 du présent Accord, le droit applicable à la construction, à la gestion administrative, à l'entretien et, le cas échéant, à l'exploitation du pont frontière est celui de la Partie contractante dont relève l'instance compétente qui en est chargée. La responsabilité des instances compétentes qui ne sont pas chargées de la gestion, de l'entretien ou, le cas échéant, de l'exploitation de l'ouvrage ne saurait être engagée à raison des dommages survenus du fait de cet ouvrage.

(4) Pour la ventilation des coûts entre les instances compétentes conformément à l'acte juridique, il n'y a pas lieu de tenir compte de la taxe allemande sur le chiffre d'affaires ou de la taxe française sur la valeur ajoutée, comprise dans les coûts. La taxe allemande sur le chiffre d'affaires comprise dans les coûts est seulement supportée par l'instance allemande compétente. La taxe française sur la valeur ajoutée comprise dans les coûts est seulement supportée par l'instance française compétente.

Article 5

(1) Pour chaque projet de construction d'un pont frontière, les instances compétentes créent un groupe de travail franco-allemand.

(2) Le groupe de travail exerce un rôle consultatif quant aux questions de financement, de travaux de construction, d'équipements annexes et d'entretien du pont frontière. Il soumet des propositions aux instances compétentes, notamment en ce qui concerne:

- l'emplacement, les dimensions et les caractéristiques du pont frontière,
- les travaux de construction,
- les paiements et les conditions de paiement,
- les principes relatifs à l'entretien de l'ouvrage et des équipements annexes.

(3) Les instances compétentes sont tenues de fournir au groupe de travail les documents nécessaires à la préparation des propositions du groupe de travail.

(4) Le groupe de travail peut inviter des experts à participer aux réunions.

(5) En principe, le groupe de travail formule ses propositions d'un commun accord. Si des propositions divergentes apparaissent au sein du groupe de travail, elles sont présentées aux instances compétentes.

Article 6

Le dossier technique existant relatif à la construction du pont frontière est mis gratuitement à la disposition des instances compétentes par le maître d'ouvrage, et en particulier les relevés topographiques et les expertises relatives aux terrains.

Article 7

La Conférence du Rhin supérieur doit être informée par les instances compétentes de chacun des projets de construction de pont.

Article 8

(1) Les ressortissants des Parties contractantes participant à la construction, à l'entretien, à l'exploitation et au contrôle des ponts frontières, ainsi que toutes les autres personnes participant aux opérations susmentionnées, qui ne sont soumis à

land noch in der Französischen Republik noch in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Abkommen die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und von den Vertragsparteien anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Überschreiten der Staatsgrenze berechtigt. Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, wenn sie die nach dem Recht der betreffenden Vertragsparteien erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die beim Bau einer Grenzbrücke beschäftigten Personen unterliegen den deutschen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn einer zuständigen deutschen Stelle die Bauausführung obliegt; sie unterliegen den französischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn einer zuständigen französischen Stelle die Bauausführung obliegt. Das gilt unabhängig davon, ob die Arbeiten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder im Hoheitsgebiet der Französischen Republik ausgeführt werden. Personen, welche mit der Erhaltung und dem Betrieb von Grenzbrücken beauftragt sind, insbesondere mit den damit zusammenhängenden Planungen und Kontrollen, benötigen keine Arbeitsgenehmigung des anderen Staates, den sie nach Absatz 1 berechtigt betreten dürfen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind und dabei die Bestimmungen dieses Abkommens verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

Artikel 9

(1) Der Anwendungsbereich der innerstaatlich geltenden Rechtsvorschriften über die indirekten Steuern auf Lieferungen von Gegenständen und auf Dienstleistungen sowie auf den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Gegenständen, die für den Bau, die Erhaltung oder den Betrieb einschließlich des Winterdienstes und der laufenden Reinigung der Rheinbrücke bestimmt sind, reicht jeweils bis zur Mitte der Grenzbrücke.

(2) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen des Absatzes 1. Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Baustellen und Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen des Absatzes 1 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969 und des Zusatzabkommens vom 28. September 1989 unter Berücksichtigung möglicher späterer Änderungen.

l'obligation de visa ni en République fédérale d'Allemagne, ni en France, ni dans l'un des États membres de l'Union européenne ou de l'Espace économique européen, sont autorisés à franchir la frontière dans la zone des ponts frontières et des chantiers, pour s'acquitter des tâches qui leur sont imparties aux termes du présent Accord et à séjourner sur la portion des ponts frontières et des chantiers se trouvant sur le territoire national de l'autre Partie contractante, sans avoir besoin à cet effet d'un permis de séjour, s'ils sont porteurs d'un document d'identité en cours de validité, reconnu par les Parties contractantes, les autorisant à franchir la frontière. Les ressortissants des autres États sont autorisés à franchir la frontière dans la zone des ponts frontières et des chantiers, pour s'acquitter des tâches susmentionnées, et à séjourner sur la portion des ponts frontières et des chantiers se trouvant sur le territoire national de l'autre Partie contractante, à condition d'être porteurs des documents et permis requis aux termes des législations des Parties contractantes concernées.

(2) Les personnes employées à la construction d'un pont frontière sont soumises aux lois et règlements allemands en matière de délivrance de permis de travail à des travailleurs étrangers si l'exécution des travaux de construction incombe à une instance compétente allemande. Elles sont soumises aux lois et règlements français en matière de délivrance de permis de travail à des travailleurs étrangers si l'exécution des travaux de construction incombe à une instance compétente française. Cette disposition est applicable, que les travaux soient exécutés sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne ou sur le territoire de la République française. Une fois le pont achevé, les personnes chargées de son entretien, de son exploitation, notamment celles chargées des contrôles techniques nécessaires et de la planification des tâches, et autorisées à entrer sur le territoire d'une des Parties contractantes aux termes des dispositions du paragraphe premier du présent article n'ont pas besoin, à cet effet, d'un permis de travail délivré par les autorités compétentes de la Partie contractante concernée.

(3) Les Parties contractantes s'engagent à réadmettre à tout moment, sans aucune formalité, les personnes qui, du fait du présent Accord, seraient parvenues sur le territoire de l'autre Partie contractante en violation des dispositions du présent Accord ou qui y séjournent de manière illégale.

Article 9

(1) Pour l'application des dispositions relatives aux impôts indirects sur les livraisons de matériel et les services, ainsi que sur les acquisitions intracommunautaires et sur l'importation d'objets destinés à la construction, à l'entretien ou à l'exploitation, y compris le service d'entretien d'hiver et le nettoyage courant du pont sur le Rhin, le milieu du pont frontière est réputé limite territoriale au sens du présent Accord.

(2) Les administrations fiscales et douanières compétentes des États contractants se concertent et se transmettent toutes informations et s'apportent tout soutien nécessaire à l'application de leurs dispositions internes dans le cadre des dispositions du paragraphe 1. Les représentants de ces administrations sont habilités à séjourner sur les chantiers et les ponts frontières et à y prendre dans le cadre des dispositions du paragraphe 1 les mesures prévues par leurs droits internes.

(3) Le présent Accord est sans préjudice de la Convention du 21 juillet 1959, conclue entre la République française et la République fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières (ensemble un protocole et un échange de lettres) telle que modifiée par des avenants du 9 juin 1969 et du 28 septembre 1989 et compte tenu des avenants ultérieurs éventuels amendant cette convention.

Artikel 10

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Anwendung dieses Abkommens erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des Anhangs, der Teil des Abkommens ist.

Article 10

Les communications de données à caractère personnel auxquelles pourra donner lieu l'application du présent Accord sont soumises aux dispositions prévues par une annexe au présent Accord, qui fait partie intégrante dudit Accord.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege gelöst.

Article 11

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés par voie diplomatique.

Artikel 12

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Article 12

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

Artikel 13

Die Vertragsparteien notifizieren einander, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind, das am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang der letzten Notifikation in Kraft tritt.

Article 13

Chacune des Parties contractantes notifie à l'autre l'accomplissement des procédures internes requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur du présent Accord qui prend effet le premier jour du deuxième mois suivant le jour de réception de la seconde notification.

Geschehen zu Freiburg im Breisgau am 12. Juni 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Fribourg-en-Brisgau, le 12 juin 2001, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
J. Fischer

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Hubert Védrine

Anhang
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein,
die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen

Annexe
à l'Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la construction et à l'entretien de ponts frontières sur le Rhin
dont les Parties contractantes n'assurent pas la maîtrise d'ouvrage

Unter Beachtung des nationalen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren „Daten“ genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Verbrechen und Vergehen von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit im Rahmen der Anwendung dieses Abkommens.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der übermittelten Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden.

Erweist sich, dass unrichtige oder unvollständige Daten im Hinblick auf den Zweck, für den sie gesammelt oder später verwendet wurden oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen

Aux fins du présent Accord, la communication et l'utilisation d'informations relatives aux personnes (désignées par la suite par le mot: informations) s'effectuent, conformément à la législation nationale de chacune des Parties contractantes, selon les modalités suivantes:

1. Le service destinataire informe, sur demande, le service émetteur de l'autre Partie contractante, de l'utilisation des informations communiquées et des résultats ainsi obtenus;
2. L'utilisation des informations par le destinataire n'est autorisée qu'aux fins stipulées dans le présent Accord et dans les conditions prescrites par le service émetteur. Leur utilisation est en outre autorisée en vue de la prévention et de la poursuite des crimes et délits, pour se prémunir des dangers graves pouvant affecter la sécurité publique dans le cadre de l'application du présent Accord;
3. Le service émetteur s'engage à veiller à l'exactitude des informations communiquées, au caractère nécessaire de la communication et à l'absence de disproportion entre les informations et l'objectif recherché. À cet égard, les motifs de non-communication en vigueur selon le droit applicable dans chacun des États contractants s'appliquent. La transmission d'informations ne se fait pas si le service émetteur est fondé à penser que cette transmission irait à l'encontre de l'objectif d'une loi nationale ou affecterait des intérêts personnels dignes de protection. S'il s'avère qu'ont été communiquées des informations inexacts ou incomplètes au regard des finalités pour lesquelles elles sont collectées ou pour lesquelles elles sont traitées ultérieurement, ou qui n'auraient pas dû être communiquées, le destinataire doit en être informé sans délai. Il est alors dans l'obligation de procéder à la correction ou à la destruction de ces informations;
4. L'intéressé doit être renseigné, sur demande, sur les informations détenues concernant sa personne, ainsi que sur l'usage qu'il est prévu d'en faire. La communication de tels renseignements peut être refusée si l'intérêt de l'État à ne pas fournir ces renseignements prévaut sur l'intérêt du demandeur. Le droit de l'intéressé à obtenir lesdits renseignements relève de la législation interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les renseignements sont demandés;
5. Le service émetteur précise, lors de la communication des informations, les délais prévus par la législation nationale pour la conservation desdites informations et la date à laquelle elles doivent obligatoirement être effacées. Indépendam-

sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

ment de ces délais, les informations communiquées doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires pour les fins auxquelles elles ont été transmises;

6. Le service émetteur et le service destinataire s'engagent à prendre acte de la communication et de la réception d'informations;
7. Le service émetteur et le service destinataire sont tenus de protéger efficacement les informations communiquées contre tout accès, modification et publication non autorisés.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 21. November 2000
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
im nachgeordneten Straßennetz

Vom 28. August 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Frankfurt (Oder) am 21. November 2000 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 19 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet deutsches Umsatzsteuerrecht Anwendung; für diese Umsätze wird keine polnische Waren- oder Dienstleistungssteuer erhoben. Auf die in Artikel 19 Abs. 2 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet polnisches Waren- und Dienstleistungssteuerrecht Anwendung; für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Auf Waren, die unter den in Artikel 19 Abs. 3 des Abkommens beschriebenen Umständen ein- und ausgeführt werden, werden keine Zölle und Abgaben erhoben.

(3) Für die in Artikel 19 Abs. 4 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit sie zum Bau und zur Erhaltung der Grenzbrücken verwendet werden. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(4) Die zum Bau und zur Erhaltung von Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Ein- und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(5) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsparteien verständigen sich und leisten einander die notwendigen Informationen und die Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Absätze 1 bis 4. Die Vertreter der Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und der Grenzbrücke aufzuhalten sowie dort Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(6) Die in Artikel 19 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 21. November 2000 anzuwenden.

Artikel 3

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Notenwechsel gemäß Artikel 25 Abs. 2 des Abkommens durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, in Kraft zu setzen.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. August 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Landesstraßen

Umowa
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu
dróg publicznych poza siecią dróg federalnych,
w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg
publicznych poza siecią dróg krajowych

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Polen –

Rząd Republiki Federalnej Niemiec
i
Rząd Rzeczypospolitej Polskiej

in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

in dem Bestreben, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern,

mit dem Ziel, die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

– mając na uwadze postanowienia Traktatu z dnia 17 czerwca 1991 roku między Republiką Federalną Niemiec i Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy,

– dążąc do ułatwienia ruchu drogowego między obydwojoma Państwami i ruchu tranzytowego przez ich terytoria,

– w celu uregulowania zasad budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych

uzgodniły, co następuje:

Abschnitt 1

Gegenstand und Ziel des Abkommens

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen regelt die Grundsätze über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen.

(2) Integraler Bestandteil dieses Abkommens sind die Anlage A, sie beinhaltet die zum Bau vorgesehenen Grenzbrücken, und die Anlage B über die Erhaltung der bestehenden Grenzbrücken.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. Zu „den öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen“ gehören in der Bundesrepublik Deutschland Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie sonstige öffent-

Rozdział I

Przedmiot i cel Umowy

Artykuł 1

1. Umowa niniejsza reguluje zasady budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych.

2. Integralną częścią niniejszej Umowy są Załącznik A określający przewidziane do budowy graniczne obiekty mostowe i Załącznik B dotyczący utrzymania istniejących granicznych obiektów mostowych.

Artykuł 2

W rozumieniu niniejszej Umowy poniższe określenia mają następujące znaczenie:

1) „drogi publiczne poza siecią dróg federalnych“ w Republice Federalnej Niemiec oznaczają drogi krajów związkowych, powiatowe i gminne oraz inne drogi publiczne; „drogi publiczne

liche Wege: zu den „öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen“ gehören in der Republik Polen alle anderen öffentlichen Straßen, die keine Landesstraßen sind, das sind Woiwodschafts-, Kreis- und Gemeindestraßen.

2. „Den Grenzbrücken zugehörige Anlagen“ sind Böschungen an den Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrssicherungseinrichtungen im Bereich der Grenzbrücken.
3. Zur „Bauausführung“ gehören insbesondere die Vermessung, Planung sowie Entwurf, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Prüfung der Ausführungsunterlagen, der Bau, Bauüberwachung und die Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen.
4. Die „Erhaltung“ umfasst alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind, dazu gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der Grenzbrücken unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse der Grenzbrücke zu verändern sowie die Reinigung und der Winterdienst.
5. „Zuständige Stelle“ bedeutet in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien Behörden oder Verwaltungskörperschaften, denen die Verpflichtung zur Finanzierung, der Planung, des Baus und der Erhaltung der Straße im Zuge der Grenzbrücke obliegt.

Abschnitt 2

Bau von Grenzbrücken

Artikel 3

Zum Zwecke des Zusammenschlusses von Straßen im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 werden die in der Anlage A genannten Grenzbrücken im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Republik Polen gebaut, wenn die Schaffung eines Grenzübergangs nach dem Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs oder die Schaffung einer Grenzüberschreitung nach dem Abkommen vom 6. November 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Kleinen Grenzverkehr vorgesehen ist.

Artikel 4

(1) Die Bauausführung für eine Grenzbrücke obliegt der zuständigen Stelle gemäß der Anlage A.

(2) Für den Bau einer Grenzbrücke schließen die zuständigen Stellen eine Vereinbarung, die das gesamte Bauprogramm, die Realisierung sowie die Art und Weise der Finanzierung regelt.

(3) Für den Bau von Grenzbrücken werden die bauausführenden Firmen verpflichtet, getrennte Abrechnungsunterlagen zu erstellen für:

1. Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei,
2. Brückenüberbauten einschließlich derjenigen Leistungen, die für das gesamte Bauwerk erbracht werden müssen, entsprechend der Brückenlänge, die sich auf dem Hoheitsgebiet des Staates jeder Vertragspartei befindet, gemessen längs der Brückenachse.

(4) Eine Grenzbrücke wird nach den bautechnischen Normen und Vorschriften geplant, ausgeführt und abgenommen, die für die Vertragspartei gelten, der nach Anlage A die Bauausführung obliegt. Für einzelne Bauteile können die jeweils zuständigen

poza sieć dróg krajowych“ w Rzeczypospolitej Polskiej oznaczają wszystkie inne drogi publiczne, nie będące drogami krajowymi, to jest drogi wojewódzkie, powiatowe i gminne;

2) „urządzenia należące do granicznego obiektu mostowego“ oznaczają skarpy nasypów, umocnienia brzegów, dojazdy oraz urządzenia odwodnienia i oświetlenia a także urządzenia bezpieczeństwa ruchu w rejonie granicznych obiektów mostowych;

3) „realizacja budowy“ obejmuje w szczególności pomiary, planowanie oraz projektowanie, postępowanie przetargowe, udzielenie zlecenia, kontrolę dokumentacji wykonawczej, budowę, nadzór budowy i sprawdzenie rozliczenia prac kontraktowych;

4) „utrzymanie“ oznacza wszystkie prace remontowe i porządkowe niezbędne do zachowania we właściwym stanie technicznym granicznych obiektów mostowych wraz z należącymi do nich urządzeniami poprzez ich naprawę i odnowę z zachowaniem nośności, bez zmiany istotnych wymiarów i ich statyki oraz obejmuje czyszczenie i zimowe utrzymanie;

5) „właściwy podmiot“ oznacza zgodnie z prawem krajowym Umawiających się Stron organy administracji rządowej, samorządu terytorialnego lub zrzeszenia samorządowe ponoszące koszty planowania, budowy i utrzymania drogi, w ciągu której znajduje się graniczny obiekt mostowy;

Rozdział II

Budowa granicznych obiektów mostowych

Artykuł 3

W celu połączenia dróg w rozumieniu artykułu 2 punkt 1 będą budowane graniczne obiekty mostowe na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, wymienione w Załączniku A do niniejszej Umowy, jeżeli w miejscach tych przewiduje się utworzenie przejścia granicznego zgodnie z Umową między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przejściach granicznych i rodzajach ruchu granicznego, sporządzonej w Bonn dnia 6 listopada 1992 roku lub zgodnie z Umową między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o małym ruchu granicznym, sporządzonej w Bonn dnia 6 listopada 1992 roku.

Artykuł 4

1. Budowa granicznego obiektu mostowego jest obowiązkiem właściwego podmiotu zgodnie z Załącznikiem A.

2. Właściwe podmioty zawierają porozumienie w celu budowy granicznego obiektu mostowego, które reguluje kompleksowy program budowy, realizację jak również rodzaj i sposób finansowania.

3. Wykonawcy realizujący budowę granicznych obiektów mostowych są zobowiązani do sporządzenia oddzielnych dokumentów rozliczeniowych z tytułu wykonania:

- 1) przyczółków i filarów na terytorium Państwa każdej Umawiającej się Strony,
- 2) górnych elementów mostowych łącznie z tym pracami, które muszą być wykonane dla całego obiektu budowlanego odpowiednio do długości obiektu mostowego, która znajduje się na terytorium Państwa każdej Umawiającej się Strony, mierzonej wzdłuż osi mostu.

4. Graniczny obiekt mostowy będzie projektowany, wykonany i odebrany zgodnie z normami i przepisami techniczno-budowlanymi obowiązującymi w Państwie tej Umawiającej się Strony, która zgodnie z Załącznikiem A do niniejszej Umowy

Stellen die Anwendung der für die andere Vertragspartei geltenden bautechnischen Normen und Vorschriften vereinbaren.

(5) Die Tragfähigkeit der Grenzbrücke wird nach den für die andere Vertragspartei geltenden bautechnischen Normen und Vorschriften durch Vergleichsrechnung geprüft; die Texte der zur Anwendung kommenden bautechnischen Normen und Vorschriften werden jeweils durch die zuständigen Stellen rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

(6) Auf die Vereinbarungen nach Absatz 2 findet jeweils das Recht derjenigen Vertragspartei Anwendung, der nach Anlage A der Bau einer Grenzbrücke obliegt.

Artikel 5

Die jeweils zuständige Stelle sichert in angemessener Zeit auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates die für den Bau der Grenzbrücke erforderlichen Grundstücke.

Artikel 6

(1) Die Abnahme der Bauarbeiten wird von den jeweils zuständigen Stellen beider Vertragsparteien in Anwesenheit der Auftragnehmer vorgenommen; für Grenzbrücken, die durch die deutsche Seite ausgeführt wurden, gemäß dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten deutschen Recht, für Grenzbrücken, die durch die polnische Seite ausgeführt wurden, gemäß dem bei der Realisierung von Bauobjekten angewendeten polnischen Recht.

(2) Die nach diesem Abkommen gebauten Grenzbrücken werden von der bauausführenden Seite erhalten.

Artikel 7

(1) Die jeweils zuständigen Stellen treffen eine Kostentragungsregelung in einer Vereinbarung; bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer oder die polnische Waren- und Dienstleistungssteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese anfallende Steuer wird allein von der den Bau der Grenzbrücke ausführenden zuständigen Stelle getragen.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen und Entwürfe der Grenzbrücke werden der jeweils zuständigen Stelle der anderen Vertragspartei kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere geodätische Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

Artikel 8

(1) Für den Bau einer Grenzbrücke wird jeweils eine deutsch-polnische Projektgruppe gebildet, die sich aus einer deutschen und einer polnischen Arbeitsgruppe zusammensetzt, deren Leiter und weitere Mitglieder die Vertragsparteien jeweils benennen. Der Leiter einer Arbeitsgruppe kann die Projektgruppe durch Ersuchen an den Leiter der anderen Arbeitsgruppe zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Projektgruppe hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den zuständigen Stellen Vorschläge zu unterbreiten, insbesondere zu:

1. Konstruktion und den Abmessungen der Grenzbrücke,
2. Festlegung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
3. Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,
4. Zahlungen und Zahlungsbedingungen,
5. Grundsätzen für die Abnahme der Bauleistungen,
6. Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke.

zobowiązana jest do realizacji budowy. Dla pojedynczych elementów konstrukcyjnych właściwe podmioty mogą uzgodnić zastosowanie norm i przepisów techniczno-budowlanych obowiązujących drogą Umawiającą się Stronę.

5. Nośność granicznego obiektu mostowego zostanie sprawdzona według obowiązujących norm i przepisów techniczno-budowlanych drugiej Umawiającej się Strony poprzez przeprowadzenie obliczenia porównawczego; teksty tych norm i przepisów techniczno-budowlanych właściwe podmioty udostępnią sobie wzajemnie w odpowiednim czasie.

6. Do porozumień zgodnie z ustępem 2 stosuje się prawo tej Umawiającej się Strony, która według Załącznika A zobowiązana jest do budowy granicznego obiektu mostowego.

Artykuł 5

Właściwy podmiot zapewni na terytorium swojego Państwa w odpowiednim czasie niezbędne tereny pod budowę granicznego obiektu mostowego.

Artykuł 6

1. Odbiór robót budowlanych jest dokonywany przez właściwe podmioty obydwu Umawiających się Stron w obecności wykonawców; dla granicznych obiektów mostowych zrealizowanych przez Stronę niemiecką według prawa niemieckiego stosowanego przy publicznych kontraktach budowlanych, a dla granicznych obiektów mostowych zrealizowanych przez Stronę polską według polskiego prawa stosowanego przy realizacji obiektów budowlanych.

2. Graniczne objekty mostowe wybudowane na podstawie niniejszej Umowy będą utrzymywane przez Stronę, która je wybudowała.

Artykuł 7

1. Ustalenie podziału kosztów następuje w drodze wzajemnego porozumienia właściwych podmiotów; przy ich podziale nie uwzględnia się niemieckiego podatku obrotowego lub polskiego podatku od towarów i usług zawartego w kosztach. Należy podatek ponosi tylko właściwy podmiot realizujący budowę granicznego obiektu mostowego.

2. Istniejąca dokumentacja planistyczna i projektowa granicznego obiektu mostowego, a w szczególności dokumentacja geodezyjna oraz dotycząca badań gruntu zostanie udostępniona bezpłatnie właściwemu podmiotowi drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 8

1. Do spraw budowy każdego granicznego obiektu mostowego zostanie utworzona niemiecko-polska Grupa Projektowa, złożona z niemieckiej i polskiej grupy roboczej, których przewodniczącymi i członkami powołuje każda z Umawiających się Stron. Przewodniczący każdej grupy roboczej może zwołać pod swym przewodnictwem posiedzenie Grupy Projektowej, występując z wnioskiem do przewodniczącego drugiej grupy roboczej. Posiedzenie takie musi się odbyć najpóźniej w ciągu jednego miesiąca od wpłynięcia wniosku o jego zwołanie.

2. Zadaniem Grupy Projektowej jest wyjaśnianie podstawowych zagadnień związanych z budową granicznego obiektu mostowego i przedstawianie właściwym podmiotom propozycji, w szczególności dotyczących:

- 1) konstrukcji i wymiarów granicznego obiektu mostowego,
- 2) ustalenia zakresu wspólnych robót,
- 3) sprawdzenia projektu budowlanego i propozycji zlecenia prac,
- 4) płatności i warunków płatności,
- 5) zasad odbioru prac budowlanych,
- 6) przekazania i odbioru granicznego obiektu mostowego.

(3) Die zuständigen Stellen sind verpflichtet, den Arbeitsgruppen die notwendigen Unterlagen vorzulegen, um die Beschlüsse der Projektgruppe vorzubereiten.

(4) Jede Arbeitsgruppe kann zu den Sitzungen der Projektgruppe Experten einladen.

(5) Die Projektgruppe fasst ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 9

Die Errichtung von Grenzabfertigungsanlagen und der damit zusammenhängende Bau funktionsfähiger Einrichtungen an den Straßengrenzübergängen wird von den Vertragsparteien auf der Grundlage des am 29. Juli 1992 unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung gesondert geregelt.

Abschnitt 3

Erhaltung von Grenzbrücken

Artikel 10

(1) Gegenstand dieses Abschnitts ist die Erhaltung der Grenzbrücken sowie der zugehörigen Anlagen im Zuge von Straßen im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 in einem standsicheren, verkehrssicheren und mangelfreien Zustand.

(2) Die Erhaltung bestehender Grenzbrücken obliegt der zuständigen Stelle gemäß der Anlage B. Die Erhaltung der nach diesem Abkommen gemäß Anlage A gebauten Grenzbrücken obliegt der bauausführenden Seite.

(3) Zu erhalten sind insbesondere die Tragwerk-Konstruktionen, die Fahrbahnen sowie die Geh- und Radwege auf den Grenzbrücken, Widerlager, Pfeiler, Brückengeländer, Fahrbahnübergänge, Lager, Besichtigungseinrichtungen, Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen, Verkehrszeichen, Verkehrssicherungsanlagen sowie die Absturzsicherungen auf den Grenzbrücken und die Sicherungseinrichtungen gegen Eisgang.

Artikel 11

(1) Die in Artikel 2 Nummer 4 genannten Tätigkeiten bezüglich der Grenzbrücken werden nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei durchgeführt, deren zuständiger Stelle die Erhaltung der jeweiligen Grenzbrücke obliegt.

(2) Die Erhaltung der den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen obliegt der zuständigen Stelle der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich diese Anlagen befinden; sie wird nach den bei ihr geltenden Vorschriften durchgeführt.

(3) Die Erhaltungsarbeiten auf den Grenzbrücken und an den zugehörigen Anlagen werden so ausgeführt, dass sie den Schiffsverkehr auf den Flüssen und den Verkehr auf den Grenzbrücken und deren Zufahrten so wenig wie möglich behindern. Es werden entsprechende Bedingungen für den Hochwasser- und Eisabfluss unter den Grenzbrücken gewährleistet.

(4) Die Entscheidung über die Notwendigkeit der Einrichtung einer neuen oder der Veränderung einer bestehenden Dauerbeleuchtung einer Grenzbrücke, die Kostentragung und die Art und Weise der Installation wird in einer gesonderten Vereinbarung zwischen den zuständigen Stellen getroffen.

(5) Die zuständige Stelle, der die Erhaltung einer Grenzbrücke mit Holzkonstruktion obliegt, stellt sicher, dass dort geeignete Brandschutzgeräte und Brandschutzanlagen vorhanden sind.

3. Właściwe podmioty są zobowiązane do przedłożenia grupom roboczym dokumentów, niezbędnych do przygotowania decyzji Grupy Projektowej.

4. Każda grupa robocza może zapraszać ekspertów na posiedzenia Grupy Projektowej.

5. Grupa Projektowa podejmuje decyzje we wzajemnym porozumieniu.

Artykuł 9

Wykonanie obiektów odprawy granicznej i budowa związanych z nimi funkcjonalnych urządzeń na drogowych przejściach granicznych zostanie uregulowana odrębnie przez Umawiające się Strony na podstawie postanowień Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o ułatwieniach w odprawie granicznej, sporządzonej w Warszawie dnia 29 lipca 1992 roku.

Rozdział III

Utrzymanie granicznych obiektów mostowych

Artykuł 10

1. Przedmiotem niniejszego rozdziału jest utrzymanie granicznych obiektów mostowych zlokalizowanych w ciągu dróg w rozumieniu artykułu 2 punkt 1 oraz należących do nich urządzeń w stanie stateczności, bezpieczeństwa ruchu i wolnym od usterek.

2. Utrzymanie istniejących obiektów mostowych jest obowiązkiem właściwego podmiotu zgodnie z Załącznikiem B. Utrzymanie granicznych obiektów mostowych wybudowanych zgodnie z Załącznikiem A niniejszej umowy jest obowiązkiem Strony, która je wybudowała.

3. Utrzymaniu podlegają w szczególności: konstrukcje nośne, jezdnie oraz drogi piesze i rowerowe na granicznych obiektach mostowych, przyczółki, filary, balustrady, urządzenia dylatacyjne, łożyska, urządzenia rewizyjne, urządzenia odwadniające i oświetleniowe, znaki drogowe, urządzenia zabezpieczające ruch oraz bariery na granicznych obiektach mostowych i urządzenia ochronne przed spływem lodu.

Artykuł 11

1. Czynności określone w artykule 2 punkt 4 dotyczące granicznych obiektów mostowych wykonuje się zgodnie z przepisami prawa krajowego tej Umawiającej się Strony, której właściwy podmiot jest zobowiązany do utrzymania danego granicznego obiektu mostowego.

2. Utrzymanie urządzeń należących do granicznych obiektów mostowych jest obowiązkiem właściwego podmiotu tej Umawiającej się Strony, na której terytorium państwowym te urządzenia się znajdują; prowadzone ono będzie na podstawie obowiązujących go przepisów.

3. Prace w ramach utrzymania na granicznych obiektach mostowych i należących do nich urządzeniach będą tak wykonywane, aby w możliwie najmniejszym stopniu utrudniały żeglugę na rzekach oraz ruch na granicznych obiektach mostowych i dojazdach do nich. Zapewnione będą odpowiednie warunki do odprowadzania fali powodziowej i spływającego lodu pod granicznymi obiektami mostowymi.

4. Decyzja o konieczności budowy nowego stałego oświetlenia granicznego obiektu mostowego lub zmian w istniejącym, ponoszenie kosztów oraz rodzaj i sposób instalacji będzie podejmowana przez właściwe podmioty w odrębnym porozumieniu.

5. Właściwy podmiot, do którego obowiązków należy utrzymanie granicznego obiektu mostowego z konstrukcjami drewnianymi, zapewni na nim odpowiedni sprzęt oraz urządzenia ochrony przeciwpożarowej.

Artikel 12

Die zuständige Stelle, die für eine Grenzbrücke erhaltungspflichtig und damit für die Verkehrssicherungspflicht im gesamten Brückenbereich verantwortlich ist, stellt die jeweils betroffene zuständige Stelle der anderen Vertragspartei von Ansprüchen Dritter frei.

Artikel 13

Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens tauschen die jeweils zuständigen Stellen die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen über die Grenzbrücken und zugehörigen Anlagen, die bisher von ihnen erhalten wurden, aus. Dazu gehören insbesondere Bestandspläne, statische Berechnungen, Tragfähigkeitsberechnungen, Vereinbarungen und Verträge mit anderen Stellen, Prüfprotokolle sowie Bauwerksbücher.

Artikel 14

(1) Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig über die Absicht der Durchführung von Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen, spätestens drei Monate vor Beginn der Arbeiten, sofern eine Einschränkung oder eine vorübergehende Einstellung des Straßenverkehrs unvermeidbar ist.

(2) Sofern die in Absatz 1 genannten Arbeiten den Straßenverkehr nicht beeinträchtigen, informieren sich die zuständigen Stellen spätestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten.

(3) Jede Vertragspartei gewährleistet, dass ihre Grenz- und Zollbehörden über die Vorbereitung und den Beginn der Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen unverzüglich informiert werden.

Artikel 15

Sämtliche Kosten für die Erhaltung von Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen tragen die zuständigen Stellen, denen die Erhaltung obliegt.

Artikel 16

(1) Im Abstand von jeweils fünf Jahren führen die Vertreter der zuständigen Stellen an jeder Grenzbrücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Zustandskontrollen durch.

(2) Außer diesen gemeinsamen Zustandskontrollen führen die Vertreter der zuständigen Stellen an den von ihnen zu erhaltenden Grenzbrücken getrennte Kontrollen gemäß der im eigenen Staat geltenden Vorschriften durch. Die zuständigen Stellen übergeben die Ergebnisse der getrennten Kontrollen zwei Wochen vor den vereinbarten gemeinsamen Zustandskontrollen der Grenzbrücken.

(3) Die zuständige Stelle, die für die Grenzbrücke erhaltungspflichtig ist, veranlasst die gemeinsame Zustandskontrolle, fertigt eine Niederschrift an und übergibt diese unverzüglich der zuständigen Stelle der anderen Vertragspartei.

(4) Aus besonderen Anlässen, zum Beispiel bei ungewöhnlichem Hochwasser, Eisgang, Schiffsstoß oder in anderen begründeten Fällen, müssen ebenfalls gemeinsame Zustandskontrollen durchgeführt werden. Zur Vorbereitung und zur Durchführung solcher Zustandskontrollen ist die zuständige Stelle verpflichtet, der die Erhaltungspflicht für die jeweilige Grenzbrücke obliegt.

Artikel 17

Sollten die Haupttragwerksteile einer Grenzbrücke (Hauptträger, Pfeiler, Widerlager, Gründung) ersetzt werden oder soll eine Grenzbrücke umgebaut werden (zum Beispiel Verbreiterung, Verstärkung zur Wiederherstellung oder Erhöhung der projektierten Tragfähigkeit), ist es notwendig, eine gesonderte Vereinbarung zu schließen.

Artykuł 12

Właściwy podmiot odpowiadający za utrzymanie granicznego obiektu mostowego i związane z tym bezpieczeństwo ruchu drogowego na całym granicznym obiekcie mostowym, zwalnia właściwy podmiot drugiej Umawiającej się Strony od roszczeń osób trzecich.

Artykuł 13

W ciągu trzech miesięcy po wejściu niniejszej Umowy w życie właściwe podmioty prześlą sobie znajdującą się w ich posiadaniu dokumentację granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń, które dotychczas były przez nie utrzymywane. Należą do niej zwłaszcza plany stanu istniejącego, obliczenia statyczne, obliczenia nośności, porozumienia i umowy z innymi jednostkami, protokoły z kontroli oraz książki obiektów mostowych.

Artykuł 14

1. Umawiające się Strony będą się wzajemnie informować o zamiarze przeprowadzenia robót w ramach utrzymania na granicznych obiektach mostowych i należących do nich urządzeniach nie później niż trzy miesiące przed rozpoczęciem robót, o ile nie można uniknąć ograniczenia albo przejściowego wstrzymania ruchu drogowego.

2. O ile roboty wymienione w ustępie 1 nie spowodują utrudnień w ruchu drogowym, właściwe podmioty poinformują się nie później niż dwa tygodnie przed rozpoczęciem robót.

3. Każda z Umawiających się Stron zapewni, by jej organy graniczne i celne były niezwłocznie informowane o przygotowaniu i rozpoczęciu robót związanych z utrzymaniem granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń.

Artykuł 15

Wszystkie koszty utrzymania granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń ponoszą właściwe podmioty zobowiązane do ich utrzymania.

Artykuł 16

1. Co pięć lat przedstawiciele właściwych podmiotów przeprowadzają wspólne przeglądy stanu technicznego każdego granicznego obiektu mostowego i należących do niego urządzeń.

2. Poza wspólnymi przeglądami stanu technicznego, przedstawiciele właściwych podmiotów przeprowadzają oddzielne przeglądy utrzymywanych przez siebie granicznych obiektów mostowych zgodnie z prawem krajowym. Właściwe podmioty prześlą sobie wyniki oddzielnych przeglądów na dwa tygodnie przed uzgodnionymi wspólnymi przeglądami stanu technicznego granicznych obiektów mostowych.

3. Właściwy podmiot, który utrzymuje graniczny obiekt mostowy, zarządza wspólny przegląd stanu technicznego, sporządza z niego protokół i przekazuje go niezwłocznie właściwemu podmiotowi drugiej Umawiającej się Strony.

4. Wspólne przeglądy stanu technicznego muszą być przeprowadzone również w szczególnych przypadkach, na przykład z powodu wyjątkowo wysokiego stanu wody, spływu lodu, uderzenia statku lub w innych uzasadnionych przypadkach. Do przygotowania i przeprowadzenia takich przeglądów zobowiązany jest właściwy podmiot, który ma obowiązek utrzymania granicznego obiektu mostowego.

Artykuł 17

W przypadku, gdy powinny być wymienione główne części nośne granicznego obiektu mostowego (dźwigary główne, filary, przyczółki, posadowienie), lub gdy graniczny obiekt mostowy powinien być przebudowany (np. poszerzony lub wzmocniony w celu przywrócenia nośności projektowej lub jej podwyższenia), konieczne jest zawarcie odrębnego porozumienia.

Abschnitt 4 Allgemeine Bestimmungen

Artikel 18

(1) Die beim Bau, der Erhaltung und der Kontrolle der Grenzbrücken beteiligten Angehörigen der Staaten beider Vertragsparteien wie auch alle anderen an den vorgenannten Tätigkeiten beteiligten Personen, die weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in der Republik Polen noch in einem der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und von den Vertragsparteien anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze berechtigt. Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben die Staatsgrenze im Bereich der Grenzbrücken und der Baustellen überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken und der Baustellen aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegt, wenn sie die nach dem Recht der Vertragsparteien erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die beim Bau einer Grenzbrücke beschäftigten Personen unterliegen den deutschen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn der deutschen Seite die Bauausführung obliegt; sie unterliegen den polnischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, wenn der polnischen Seite die Bauausführung obliegt. Das gilt unabhängig davon, ob die Arbeiten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder im Hoheitsgebiet der Republik Polen ausgeführt werden. Personen, welche die Erhaltung von Grenzbrücken planen und durchführen und die damit zusammenhängenden Kontrollen ausüben, benötigen keine Arbeitsgenehmigung des anderen Staates, den sie nach Absatz 1 berechtigt betreten dürfen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrages in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücken werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

Artikel 19

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau oder der Erhaltung der Grenzbrücken bewirkt werden, ist das deutsche Umsatzsteuerrecht anzuwenden, wenn die mit der Bauausführung oder der Erhaltung betraute zuständige Stelle ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat. Für diese Umsätze wird keine polnische Waren- und Dienstleistungssteuer erhoben.

(2) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau oder der Erhaltung der Grenzbrücken bewirkt werden, ist das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht anzuwenden, wenn die mit der Bauausführung oder der Erhaltung betraute zuständige Stelle ihren Sitz in der Republik Polen hat. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(3) Geräte, Werkzeuge, Anlagen, Fahrzeuge und Transportmittel, die für Arbeiten im Rahmen dieses Abkommens genutzt werden, können aus dem Hoheitsgebiet der zur Arbeitsausführung verpflichteten Vertragspartei vorübergehend unter dem Vorbehalt in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, dass sie nach bestimmungsgemäßer Verwendung, spätestens bei Ablauf der bewilligten Verwendungsfrist, wieder

Rozdział IV Postanowienia ogólne

Artykuł 18

1. Obywatele Państw obu Umawiających się Stron zatrudnieni przy budowie, utrzymaniu i kontroli granicznych obiektów mostowych jak również wszystkie inne osoby uczestniczące w wymienionych czynnościach, które nie podlegają obowiązkowi posiadania wizy w Republice Federalnej Niemiec i w Rzeczypospolitej Polskiej ani w żadnym z państw członkowskich Unii Europejskiej, przy wykonywaniu zadań zgodnie z niniejszą Umową mogą przekraczać granicę państwową w rejonie granicznych obiektów mostowych i placów budowy, oraz przebywać bez zezwolenia na pobyt na części granicznych obiektów mostowych i placach budowy, które znajdują się na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony, jeśli posiadają przy sobie ważny i uznany przez Umawiające się Strony dokument uprawniający do przekraczania granicy państwowej. W celu wykonania wyżej wymienionych zadań obywatele innych państw mogą przekraczać granicę państwową w rejonie granicznych obiektów mostowych i placów budowy oraz przebywać na części granicznych obiektów mostowych i placach budowy, które znajdują się na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony, jeśli posiadają przy sobie dokumenty i zezwolenia wymagane zgodnie z prawem Umawiających się Stron.

2. Osoby zatrudnione na budowie granicznego obiektu mostowego podlegają niemieckim przepisom prawnym o udzielaniu zezwoleń na pracę zagranicznym pracownikom, jeśli wykonanie budowy jest obowiązkiem Strony niemieckiej; podlegają oni polskim przepisom prawnym o udzielaniu zezwoleń na pracę zagranicznym pracownikom, jeśli wykonanie budowy jest obowiązkiem Strony polskiej. Stosuje się to niezależnie od tego, czy roboty są wykonywane na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, czy na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej. Osoby, które planują i realizują utrzymanie granicznych obiektów mostowych oraz wykonują związane z tym kontrole, nie muszą mieć zezwoleń na pracę drugiego Państwa, na terytorium którego mogą wkroczyć zgodnie z ustępem 1.

3. Umawiające się Strony zobowiązują się do przyjmowania bez formalności w każdym czasie osób, które znalazły się na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony w oparciu o niniejszą Umowę i naruszyły postanowienia niniejszej Umowy lub przebywają tam bezprawnie.

4. Szczegółowe zagadnienia dotyczące zapewnienia bezpieczeństwa publicznego i porządku w rejonie granicznych obiektów mostowych zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe organy graniczne i właściwe lokalne organy policyjne we wzajemnym porozumieniu.

Artykuł 19

1. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z budową albo utrzymaniem granicznych obiektów mostowych, stosuje się niemieckie prawo dotyczące podatku obrotowego, jeśli właściwy podmiot realizujący budowę albo utrzymanie ma siedzibę w Republice Federalnej Niemiec. Od obrotów tych nie będzie pobierany polski podatek od towarów i usług.

2. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z budową albo utrzymaniem granicznych obiektów mostowych, stosuje się polskie przepisy o podatku od towarów i usług, jeśli właściwy podmiot realizujący budowę albo utrzymanie ma swoją siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej. Od obrotów tych nie będzie pobierany niemiecki podatek obrotowy.

3. Sprzęt, narzędzia, urządzenia, pojazdy i środki transportu używane do robót w ramach niniejszej Umowy mogą być przywiezione czasowo z terytorium Państwa Umawiającej się Strony zobowiązanej do wykonania robót na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony z zastrzeżeniem, że zostaną one wywiezione po właściwym wykorzystaniu, najpóźniej w terminie, na jaki dokonano odprawy celnej czasowej. Towary przywiezio-

auszuführen sind. Die unter diesen Bedingungen eingeführten Waren sind im Rahmen der Vorschriften der anderen Vertragspartei zoll- und abgabenfrei.

(4) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau und zur Erhaltung der Grenzbrücken verwendet werden. Dies gilt in den Fällen des Artikels 4 von Baubeginn an. Die Bestimmungen des Satzes 1 gelten nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(5) Die zum Bau und zur Erhaltung von Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(6) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsparteien verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 5. Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Baustellen und auf den Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(7) Unberührt bleiben das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das Protokoll vom 24. Oktober 1979 zu diesem Abkommen.

Artikel 20

Unter Beachtung des nationalen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

ne na tych warunkach w ramach przepisów drugiej Umawiającej się Strony są wolne od cła i opłat.

4. Za towary wwożone z terytorium Państwa jednej Umawiającej się Strony na terytorium Państwa drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane opłaty związane z przywozem z wyjątkiem cła, jeśli towary te będą wykorzystywane do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych. Postanowienie powyższe stosuje się do przypadków określonych w artykule 4 od czasu rozpoczęcia budowy. Postanowienia zdania 1 nie stosuje się przy wwozie towarów dla publicznych administracji budowlanych.

5. Towary potrzebne do budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym zakazom i ograniczeniom.

6. Właściwe organy podatkowe i celne Umawiających się Stron będą się porozumiewać i przekazywać wzajemnie niezbędne informacje oraz udzielać pomocy przy stosowaniu obowiązujących ich przepisów prawnych i administracyjnych zgodnie z postanowieniami ustępów od 1 do 5. Przedstawiciele tych organów uprawnieni są do przebywania na placach budowy oraz granicznych obiektach mostowych i podejmowania tam działań w ramach postanowień ustępów od 1 do 5, które są określone w ich przepisach prawnych i administracyjnych.

7. Niniejsza Umowa nie narusza postanowień Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodów i majątku podpisanej w Warszawie dnia 18 grudnia 1972 roku oraz Protokołu do tej Umowy podpisanego w Warszawie dnia 24 października 1979 roku.

Artykuł 20

Przekazywanie i wykorzystywanie danych osobowych, zwanych dalej danymi, w ramach niniejszej Umowy będzie się odbywać zgodnie z następującymi postanowieniami przy uwzględnieniu prawa krajowego każdej z Umawiających się Stron:

- 1) Podmiot otrzymujący, na wniosek podmiotu przekazującego drugiej Umawiającej się Strony, informuje go o wykorzystaniu przekazanych danych i osiągniętych w rezultacie tego wynikach.
- 2) Wykorzystywanie danych przez otrzymującego dozwolone jest tylko dla celów określonych w niniejszej Umowie i na warunkach podanych przez podmiot przekazujący. Ponadto ich wykorzystanie dozwolone jest dla zapobiegania poważnym przestępstwom i dla ich ścigania oraz w celu ochrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego.
- 3) Podmiot przekazujący ma obowiązek zwracać uwagę na prawidłowość przekazywanych danych oraz konieczność i zakres ich przekazania odpowiednio do ustalonego celu. Należy przy tym uwzględniać obowiązujące zakazy udostępniania danych obowiązujące w prawie krajowym. Nie przekazuje się danych, gdy przekazujący podmiot ma podstawy przypuszczać, że byłoby to sprzeczne z celem prawa krajowego lub naruszyłyby to chronione interesy zainteresowanych osób. Jeśli się okaże, że zostały przekazane niewłaściwe dane lub dane, których nie wolno przekazywać, należy o tym niezwłocznie poinformować odbiorcę. Jest on zobowiązany poprawić je lub zniszczyć.
- 4) Na wniosek zainteresowanej osoby należy ją poinformować o posiadanych danych, które jej dotyczą oraz o przewidywanym celu ich wykorzystania. Można odmówić udzielenia takiej informacji, jeśli interes państwowy związany z nieudzieleniem informacji przeważa nad interesem wnioskodawcy. Poza tym prawo zainteresowanej osoby do otrzymania informacji zgodne jest z prawem krajowym Umawiających się Stron, na których terenie państwowym informacja jest wnioskowana.

5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssten. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- 5) Podmiot przekazujący przy przekazywaniu danych podaje przewidziane w prawie krajowym terminy ich przechowywania, po upływie których muszą one być zniszczone. Niezależnie od tych terminów należy zniszczyć przekazane dane, gdy nie są one już potrzebne do celu, dla którego zostały przekazane.
- 6) Podmiot przekazujący i otrzymujący zapewniają właściwe przekazywanie i przyjmowanie danych.
- 7) Podmiot przekazujący i otrzymujący mają obowiązek chronić skutecznie przekazane dane przed nieuprawnionym dostępem do nich, nieuprawnioną ich zmianą i nieuprawnionym ich ogłoszeniem.

Artikel 21

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemischte Kommission gebildet, der als ständiger Einrichtung insbesondere die Aufgabe obliegt, die Anwendung des Grundsatzes der Parität jeweils für den Bau der Grenzbrücken und die Erhaltung der Grenzbrücken sowie die Einhaltung der Bestimmungen dieses Abkommens sicherzustellen. Sie unterbreitet hierfür den Vertragsparteien Vorschläge.

(2) Die Gemischte Kommission besteht aus einer deutschen und einer polnischen Arbeitsgruppe, deren Leiter und weitere Mitglieder die Vertragsparteien nach Unterzeichnung des Abkommens benennen. Zu den Mitgliedern jeder Arbeitsgruppe soll ein Vertreter des für Verkehr zuständigen Ministeriums und des Grenzschatzes der Vertragsparteien gehören. Leiter der Arbeitsgruppe sind jeweils die Vertreter des für Verkehr zuständigen Ministeriums der Vertragsparteien.

(3) Der Leiter einer Arbeitsgruppe kann die Gemischte Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Arbeitsgruppe zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(4) Bei der Anwendung des Grundsatzes der Parität soll so weit wie möglich berücksichtigt werden, dass das Verhältnis der von jeder Vertragspartei jeweils zu bauenden und zu erhaltenden Grenzbrücken dem Verhältnis der diesbezüglichen Brückenflächen auf den jeweiligen Hoheitsgebieten entsprechen soll.

(5) Jede Arbeitsgruppe in der Gemischten Kommission kann sich von der zuständigen Stelle der anderen Vertragspartei die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um Vorschläge der Gemischten Kommission vorzubereiten.

(6) Jede Arbeitsgruppe kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Experten einladen.

(7) Die Gemischte Kommission fasst ihre Vorschläge in gegenseitigem Einvernehmen.

Abschnitt 5 Schlussbestimmungen

Artikel 22

(1) Abweichend vom Artikel 18 Absatz 2 können polnische Arbeitnehmer zum Grenzbrückenbau Hagenwerder/Radmeritz (Radomierzycy), der in Verantwortung der deutschen Seite durchgeführt wird, arbeitsgenehmigungsfrei zugelassen werden. Die Beschäftigung der polnischen Arbeitnehmer setzt voraus, dass das Landesarbeitsamt Sachsen die Arbeitsgenehmigungsfreiheit vor der Arbeitsaufnahme schriftlich bestätigt. Dazu sind dem Landesarbeitsamt Sachsen die erforderlichen Angaben über das Unternehmen, das den Auftrag von der zuständigen Stelle erhalten soll, die einzusetzenden Mitarbeiter sowie den Zeitraum des Einsatzes auf der Baustelle zu übermitteln.

(2) Im Übrigen finden die einschlägigen Rechtsvorschriften Anwendung, zum Beispiel die Regelungen des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienst-

Artykuł 21

1. Tworzy się niemiecko-polską Komisję Mieszaną, która jest stałym organem odpowiedzialnym za zapewnienie stosowania zasady parytetu przy budowie granicznych obiektów mostowych i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych i przestrzeganie postanowień niniejszej Umowy. Przedstawia ona Umawiającym się Stronom propozycje w tym zakresie.

2. Komisja Mieszana składa się z niemieckiej i polskiej grupy roboczej, których przewodniczącymi i członków wyznaczają Umawiające się Strony po podpisaniu Umowy. Wśród członków każdej grupy roboczej powinien być przedstawiciel ministerstwa właściwego do spraw transportu oraz Straży Granicznej Umawiających się Stron. Przewodniczącymi grup roboczych będą przedstawiciele ministerstw właściwych do spraw transportu Umawiających się Stron.

3. Przewodniczący każdej grupy roboczej może zwołać posiedzenie Komisji Mieszanej pod swym przewodnictwem występując z wnioskiem do Przewodniczącego drugiej grupy roboczej. Posiedzenie musi się odbyć najpóźniej w ciągu miesiąca po otrzymaniu tego wniosku.

4. Przy stosowaniu zasady parytetu należy uwzględniać w miarę możliwości, by stosunek budowanych i utrzymywanych granicznych obiektów mostowych przez każdą z Umawiających się Stron odpowiadał stosunkowi powierzchni obiektów mostowych na terytorium każdego Państwa.

5. Każda grupa robocza w Komisji Mieszanej może wnieść o przedstawienie dokumentów przez właściwy podmiot drugiej Umawiającej się Strony, które uważa za niezbędne w celu przygotowania propozycji Komisji Mieszanej.

6. Każda grupa robocza może zapraszać ekspertów na posiedzenia Komisji Mieszanej.

7. Komisja Mieszana przyjmuje propozycje we wzajemnym porozumieniu.

Rozdział V Postanowienia końcowe

Artykuł 22

1. W odstępie od artykułu 18 ustęp 2 Umowy, polscy pracownicy mogą być dopuszczeni bez zezwoleń na pracę do budowy granicznego obiektu mostowego pomiędzy Hagenwerder i Radomierzycami, za którego budowę odpowiada Strona niemiecka. Zatrudnienie polskich pracowników uwarunkowane jest uzyskaniem przed rozpoczęciem robót pisemnego potwierdzenia z Krajowego Urzędu Pracy Saksonii o zwolnieniu od obowiązku uzyskania zezwoleń na pracę. W tym celu należy przekazać Krajowemu Urzędowi Pracy Saksonii wymagane dane o przedsiębiorstwie, które ma otrzymać zlecenie od właściwego podmiotu, o przewidywanych do zatrudnienia pracownikach oraz okresie zatrudnienia na budowie.

2. Ponadto stosuje się odpowiednie przepisy prawne, na przykład postanowienia ustawy o wymaganych warunkach pracy w odniesieniu do usług transgranicznych zgodnie z nie-

leistungen gemäß deutschem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 26. Februar 1996 in seiner jeweiligen Fassung. Dabei muss das Unternehmen unter anderem die Arbeitsaufnahme dem Landesarbeitsamt Sachsen anzeigen.

Artikel 23

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens werden auch dann angewandt, wenn eine der in den Anlagen A oder B genannten Grenzbrücken entweder in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge einer Bundesfernstraße oder in der Republik Polen im Zuge einer Landesstraße geführt wird.

(2) Absatz 1 gilt auch dann, wenn aufgrund rechtsbeständiger Umstufung der Straße eine der in den Anlagen A oder B genannten Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge einer Bundesfernstraße und in der Republik Polen im Zuge einer Landesstraße geführt wird, sofern vorher eine Vereinbarung geschlossen worden ist.

Artikel 24

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege gelöst.

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Änderungen und Ergänzungen der Anlagen zu diesem Abkommen werden im Wege eines diplomatischen Notenwechsels durchgeführt.

Artikel 26

Die Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrswesen der Volksrepublik Polen über die Unterhaltung der Grenzstraßenbrücken an der deutsch-polnischen Staatsgrenze, ausgefertigt in Berlin am 17. Januar 1958, werden ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens auf die in den Anlagen genannten Grenzbrücken nicht mehr angewandt.

Artikel 27

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Zum Zwecke einer frühestmöglichen Inbetriebnahme der Grenzbrücken sowie einer Verbesserung des Erhaltungszustands der Grenzbrücken werden die Bestimmungen dieses Abkommens bereits ab dem Tag seiner Unterzeichnung und damit noch vor seinem Inkrafttreten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts angewandt.

Geschehen zu Frankfurt (Oder) am 21. November 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

miecką ustawą o pracownikach wysłanych z dnia 26. 2. 1996 r. w obowiązującym brzmieniu. Przedsiębiorstwo musi między innymi zgłosić Krajowemu Urzędowi Pracy Saksonii rozpoczęcie robót.

Artykuł 23

1. Postanowienia niniejszej Umowy będą stosowane także wówczas, gdy jeden z granicznych obiektów mostowych wymienionych w Załączniku A lub B znajduje się w Republice Federalnej Niemiec w ciągu drogi federalnej albo w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu drogi krajowej.

2. Postanowienia ustępu 1 stosuje się także wówczas, gdy ze względu na prawne przekwalifikowanie drogi jeden z granicznych obiektów mostowych wymienionych w Załączniku A lub B znajduje się w Republice Federalnej Niemiec w ciągu drogi federalnej i w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu drogi krajowej, o ile uprzednio zostało zawarte porozumienie.

Artykuł 24

Spory dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą rozstrzygane na drodze dyplomatycznej.

Artykuł 25

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony.

2. Zmiany i uzupełnienia załączników do niniejszej Umowy będą dokonywane na drodze wymiany not dyplomatycznych.

Artykuł 26

Od dnia wejścia w życie niniejszej Umowy, do granicznych obiektów mostowych wymienionych w załącznikach do niniejszej Umowy, nie będzie się stosowało postanowień Porozumienia między Ministerstwem Komunikacji Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Ministerstwem Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w sprawie utrzymania granicznych mostów drogowych na niemiecko-polskiej granicy państwowej sporządzonego w Berlinie, dnia 17 stycznia 1958 roku.

Artykuł 27

1. Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie 30 dni od dnia, w którym Umawiające się Strony poinformują się w drodze wymiany not o spełnieniu krajowych wymogów dotyczących jej wejścia w życie. Decyduje dzień otrzymania ostatniej noty.

2. W celu jak najszybszego otwarcia granicznych obiektów mostowych oraz poprawy stanu utrzymania granicznych obiektów mostowych postanowienia niniejszej Umowy będą stosowane od dnia jej podpisania przed jej wejściem w życie, o ile jest to zgodne z prawem wewnętrznym Umawiających się Stron.

Sporządzono we Frankfurcie nad Odrą dnia 21 listopada 2000 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Z upoważnienia Rządu Republiki Federalnej Niemiec
Broudré-Gröger

Für die Regierung der Republik Polen
Z upoważnienia Rządu Rzeczypospolitej Polskiej
Grzelakowski

Anlage A
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Landesstraßen

Załącznik A
do Umowy
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu
dróg publicznych poza siecią dróg federalnych,
w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg
publicznych poza siecią dróg krajowych

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, ist diese Anlage Bestandteil des genannten Abkommens. Sie hat folgenden Inhalt:

1. Der deutschen Seite obliegt die Bauausführung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Hagenwerder und Radmeritz (Radomierzyce) bei Stromkilometer 167+230,
 - b) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Görlitz und Zgorzelec bei Stromkilometer 151+670,
 - c) Grenzbrücke über den Torfkanal zwischen Garz und Swinemünde (Swinoujście).
2. Der polnischen Seite obliegt die Bauausführung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Forst und Skaren (Zasiek) bei Stromkilometer 47+500,
 - b) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Krauschwitz und Lugnitz (Leknica) bei Stromkilometer 81+970,
 - c) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Deschka und Penzig (Piensk) bei Stromkilometer 134+930.

Zgodnie z artykułem 1 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych, niniejszy załącznik stanowi część składową wymienionej Umowy. Ma on następującą treść:

1. Strona niemiecka ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 167+230, pomiędzy Hagenwerder i Radomierzycami,
 - b) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 151+670, pomiędzy Goerlitz i Zgorzelcem,
 - c) graniczny obiekt mostowy na cieku Kanał torfowy pomiędzy Garz i Świnoujściem.
2. Strona polska ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 47+500, pomiędzy Forst i Zasiekami,
 - b) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 81+970; pomiędzy Krauschwitz i Łęknica,
 - c) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 134+930, pomiędzy Deschka i Pieńskiem.

Anlage B
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen,
in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen
außerhalb des Netzes der Landesstraßen

Załącznik B
do Umowy
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu
dróg publicznych poza siecią dróg federalnych,
w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen, ist diese Anlage Bestandteil des genannten Abkommens. Sie hat folgenden Inhalt:

1. Der deutschen Seite obliegt die Erhaltung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Podrosche und Priebus (Przewoz) bei Stromkilometer 100+850.
2. Der polnischen Seite obliegt die Erhaltung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Neiße zwischen Ostritz und Grunau (Krzewina Zgorzelecka) bei Stromkilometer 176+090.

Zgodnie z artykułem 1 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych w Republice Federalnej Niemiec zlokalizowanych w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg federalnych, w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg publicznych poza siecią dróg krajowych, niniejszy załącznik stanowi część składową wymienionej Umowy. Ma on następującą treść:

1. Strona niemiecka ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 100+850, pomiędzy Podrosche i Przewozem,
2. Strona polska ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) graniczny obiekt mostowy na Nysie w km 176+090, pomiędzy Ostritz i Krzewiną Zgorzelecką.

Gesetz
zu dem Vertrag vom 12. September 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik
über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17
und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze
durch Errichtung einer Grenzbrücke

Vom 28. August 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 12. September 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Der Baustellenbereich der Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst gelten, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstigen Leistungen handelt, die für den Bau und die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke bestimmt sind, für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts und des Mehrwertsteuerrechts der Tschechischen Republik als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik.

(2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Vertrages genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. August 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17
und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze
durch Errichtung einer Grenzbrücke

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o propojení německé dálnice A 17
a české dálnice D 8 na společných státních hranicích
výstavbou hraničního mostu

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern –

vedeny přáním, usnadnit silniční provoz mezi oběma státy a tranzitní dopravu přes svá výsoštná území,

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Artikel 1
Gegenstand des Vertrags

(1) Die Autobahn A 17 auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Autobahn D 8 auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik werden an der gemeinsamen Staatsgrenze zusammengeschlossen.

(2) Zu diesem Zweck wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik eine grenzüberschreitende Autobahnbrücke (Grenzbrücke) errichtet.

(3) Die Vertragsstaaten stellen die Grenzbrücke nach Möglichkeit im Jahr 2005 fertig.

Artikel 2
Planung und Bauausführung

(1) Voruntersuchungen und Geländeaufnahmen führen die Vertragsstaaten jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet und auf ihre Kosten durch.

(2) Die zuständigen Behörden der Tschechischen Republik übernehmen

- a) Planung,
 - b) Ausschreibung,
 - c) Auftragsvergabe,
 - d) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
 - e) Bauüberwachung,
 - f) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und
 - g) Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Vertrags
- für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einverständnisses mit den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland.

Článek 1
Předmět smlouvy

(1) Dálnice A 17 na výsoštném území Spolkové republiky Německo a dálnice D 8 na výsoštném území České republiky budou propojeny na společných státních hranicích.

(2) K tomuto účelu se na výsoštném území Spolkové republiky Německo a na výsoštném území České republiky vybuduje hraniční dálniční most (dále jen „hraniční most“).

(3) Smluvní státy dokončí podle možností hraniční most v roce 2005.

Článek 2
Příprava a provedení stavby

(1) Průzkumné práce a geodetické zaměření provedou smluvní státy každý na svém výsoštném území a na své náklady.

(2) Příslušné orgány České republiky převezmou

- a) přípravu,
 - b) vypsání výběrového řízení,
 - c) zadání zakázky,
 - d) přezkoumání realizačních podkladů,
 - e) stavební dozor,
 - f) přezkoumání fakturace smluvních výkonů a
 - g) návrh rozdělení nákladů podle ustanovení této smlouvy
- pro hraniční most vždy po dosažení shody s příslušnými orgány Spolkové republiky Německo.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Tschechischen Republik geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

(4) Eine eventuelle Änderung des Verlaufs der gemeinsamen Staatsgrenze aus Anlass des Baus der Grenzbrücke bedarf eines besonderen Vertrages zwischen den Vertragsstaaten.

Artikel 3

Baurecht und Grunderwerb

(1) Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, dass rechtzeitig die nach seinen Rechtsvorschriften zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen und die Abnahmen durchgeführt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, dass auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(3) Die Vermessung und die Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet und auf seine Kosten durch.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von den zuständigen Behörden der Tschechischen Republik nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten Recht der Tschechischen Republik in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Abnahme durch die zuständigen Behörden vertreten sein. Die Tschechische Republik überwacht die Gewährleistungsfristen für die Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Zur Erhaltung gehören Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung.

(2) Mit der Abnahme der Grenzbrücke übernimmt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet die Unterhaltung der Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung und des Winterdienstes auf seine Kosten.

(3) Ab dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt übernimmt die Tschechische Republik die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke. Die Grenze für diese Tätigkeiten ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Diese Maßnahmen erfolgen im Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können über Art, Umfang und Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 gesonderte Vereinbarungen schließen.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau, die Instandsetzung und die Erneuerung der Grenzbrücke, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Die Kostenanteile bestimmen sich nach dem Verhältnis der Flächen der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze. Bei der Aufteilung der Kosten ist die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Tschechischen Republik getragen.

(3) Hraniční most bude připravován, realizován a převzat podle norem a stavebních předpisů, platných v České republice. Pro jednotlivé části stavby mohou smluvní státy dohodnout použití německých předpisů.

(4) Případná změna průběhu společných státních hranic z důvodu výstavby hraničního mostu vyžaduje zvláštní smlouvu mezi smluvními státy.

Článek 3

Stavební právo a výkup pozemků

(1) Každý smluvní stát zajistí, aby byla včas vydána povolení a schválení a provedeny přejímky podle jeho právních předpisů, potřebné ke stavbě hraničního mostu.

(2) Každý smluvní stát zajistí na vlastní náklady, aby na jeho výsostrném území byly včas k dispozici pozemky trvalého a dočasného záboru, potřebné pro stavbu hraničního mostu.

(3) Zaměření a vytýčení potřebných pozemků provede každý smluvní stát na svém výsostrném území a na své náklady.

Článek 4

Přejímka

Po dokončení stavebních prací bude hraniční most převzat příslušnými orgány České republiky podle českého práva, používaného pro veřejné stavební zakázky za účasti zhotovitelů. Spolková republika Německo bude při přejímce zastoupena příslušnými orgány. Česká republika bude dohlížet na záruční lhůty hraničního mostu a bude uplatňovat záruční požadavky i jménem Spolkové republiky Německo.

Článek 5

Údržba

(1) Údržba se skládá z provozní údržby, stavební údržba a obnovy.

(2) Přejímkou hraničního mostu převezme každý smluvní stát na svém výsostrném území a na své náklady provozní údržbu hraničního mostu včetně zajištění bezpečnosti provozu a zimní údržby.

(3) Od okamžiku, uvedeného v odstavci 2, převezme Česká republika stavební údržbu a obnovu hraničního mostu. Hranici pro tuto činnost je konec hraničního mostu včetně krajní opěry na výsostrném území Spolkové republiky Německo. Tyto činnosti budou prováděny ve vzájemné shodě se Spolkovou republikou Německo.

(4) Příslušné orgány smluvních států mohou o druhu, rozsahu a provádění údržbových prací podle odstavců 1 až 3 sjednat zvláštní ujednání.

Článek 6

Náklady

(1) Každý smluvní stát hradí náklady na stavbu, stavební údržbu a obnovu hraničního mostu tou měrou, jakou leží hraniční most na jeho výsostrném území. Podíly na nákladech se určují podle poměru ploch hraničního mostu mezi osami ložisek a státními hranicemi. Při rozdělování těchto nákladů nebude zohledněna česká daň z přidané hodnoty, která je obsažena v nákladech. Tuto daň ponese jen Česká republika.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der nach Absatz 1 auf sie entfallenden Bau-, Instandsetzungs- und Erneuerungskosten ohne tschechische Mehrwertsteuer.

(3) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt.

Artikel 7 **Zahlungen**

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden. Ein Zeitplan für die Fälligkeit und die voraussichtliche Höhe der Abschlagszahlungen wird bei Auftragsvergabe erstellt.

(2) Die Tschechische Republik wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlussabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark bzw. Euro zu dem am Fälligkeitstermin gültigen Kurs der Tschechischen Nationalbank.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 **Betretungsrecht**

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und Staatsangehörigen von Staaten, die in keinem der beiden Vertragsstaaten und in keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt. Visumpflichtige Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, wenn ihnen ein Visum erteilt worden ist und sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Arbeitnehmer unterliegen den Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an in der Tschechischen Republik beschäftigte ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob die Arbeiten auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Tschechischen Republik ausgeführt werden.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingereist sind und die

- a) die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben oder
- b) sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

(2) Spolková republika Německo uhradí České republice správní náklady ve výši deseti procent nákladů na stavbu, stavební údržbu a obnovu, připadající na ni podle odstavce 1, bez české daně z přidané hodnoty.

(3) Existující podklady, potřebné pro přípravu hraničního mostu, budou dány bezúplatně vzájemně k dispozici.

Článek 7 **Platby**

(1) Spolková republika Německo uhradí České republice svůj podíl na splátkách, které budou v souladu s postupem stavebních prací poskytovány zhotovitelům. Časový plán pro splatnost a předpokládanou výši splátek bude sestaven při zadávání zakázky.

(2) Česká republika sdělí Spolkové republice Německo dva měsíce předem odhadovanou finanční potřebu pro splátkování a současně ji bude informovat o stavu plateb formou přehledů, ve kterých budou uvedeny výše a termíny plateb.

(3) Spolková republika Německo uhradí zbytek svého podílu na nákladech po konečné přejímce a vyúčtování.

(4) Všechny platby se uskuteční v německých markách resp. v EURO v kurzu České národní banky, platném ke dni splatnosti.

(5) Při rozdílných názorech nemohou být zadržovány nesporné částky.

(6) Spolková republika Německo obdrží stejnopisy stavebních smluv, objednávek a přezkoušených podkladů pro vyúčtování.

Článek 8 **Právo vstupu**

(1) Na stavbě hraničního mostu se podílející státní příslušníci smluvních států a státní příslušníci států, kteří v žádném z obou smluvních států a v žádném z členských států Evropské unie nepodléhají vízové povinnosti, směřjí ke splnění úkolů podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště hraničního mostu a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsoštném území druhého smluvního státu, aniž by k tomu potřebovaly povolení k pobytu, pokud u sebe mají platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy. Státní příslušníci jiných států, kteří podléhají vízové povinnosti, směřjí ke splnění úkolů podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsoštném území druhého smluvního státu, pokud jim bylo uděleno vízum a mají u sebe platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy.

(2) Zaměstnanci, uvedení v odst. 1, podléhají právním předpisům o udělování pracovního povolení zahraničním státním příslušníkům, zaměstnaným v České republice, bez ohledu na to, zda práce budou prováděny na výsoštném území Spolkové republiky Německo nebo České republiky.

(3) Smluvní státy se zavazují, převzít kdykoliv bez formalit zpět osoby, které na základě této smlouvy, vstoupily na výsoštné území druhého smluvního státu, a které

- a) porušily ustanovení této smlouvy nebo
- b) se tam protiprávně zdržují.

Auf das Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze vom 3. November 1994 wird hingewiesen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(5) Die Absätze 1 sowie 3 und 4 gelten entsprechend für Maßnahmen zur Erhaltung der Grenzbrücke. Absatz 2 gilt entsprechend für Maßnahmen zur Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke.

Artikel 9

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst gelten, soweit sie sich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts der Tschechischen Republik als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder für ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentliche Verwaltung.

(3) Die zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung auf der Grenzbrücke selbst aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften enthalten sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

Artikel 10

Sonstige Bauvorhaben

(1) Im Trinkwassereinzugsgebiet der deutschen Trinkwassersperre Gottleuba werden zur Entwässerung der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik die zum Trinkwasserschutz beim Bau und Betrieb der Straße erforderlichen Maßnahmen durchgeführt. Im Grenzbereich wird das Oberflächenwasser der Autobahn entsprechend dem natürlichen Gefälle abgeleitet.

(2) Jeder Vertragsstaat übernimmt für die auf seinem Hoheitsgebiet zu errichtenden Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen die Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Prüfung der Ausführungsunterlagen, Bauüberwachung, Grunderwerb und Abnahme; diese Maßnahmen werden jeweils einvernehmlich durchgeführt. Für den Bau und die Erhaltung der zur Grenzbrücke gehörigen Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen gelten die vorstehenden Regelungen für den Bau der Grenzbrücke (Artikel 1–9), soweit nicht in Absatz 3 für die Kosten etwas anderes bestimmt ist.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik auf Nachweis die Kosten für die auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik ausschließlich zum

Odkazuje se na Dohodu mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994.

(4) Jednotlivé otázky k udržení bezpečnosti a pořádku v prostoru staveniště hraničního mostu budou řešeny místně příslušnými hraničními orgány ve vzájemné shodě.

(5) Odstavce 1, 3 a 4 platí přiměřeně pro opatření k údržbě hraničního mostu. Odstavec 2 platí přiměřeně pro stavební údržbu a obnovu hraničního mostu.

Článek 9

Daňová a celní ustanovení

(1) Prostor staveniště hraničního mostu a po jeho dokončení hraniční most samotný, pokud se nacházejí na výsoštném území Spolkové republiky Německo, se považují pro uplatnění právních předpisů České republiky o dani z přidané hodnoty a právních předpisů Spolkové republiky Německo o dani z obratu za výsoštné území České republiky, pokud se jedná o dodávky předmětů a ostatních výkonů, určených pro stavbu hraničního mostu nebo pro jeho stavební údržbu a obnovu.

(2) Na zboží, které bude dováženo z výsoštného území jednoho smluvního státu na výsoštné území druhého smluvního státu, nebudou s výjimkou cel uplatňovány žádné dovozní poplatky, pokud toto zboží bude použito na výstavbu nebo údržbu hraničního mostu. Toto platí od zahájení stavby. Jistoty se nepožadují. První věta neplatí při dovozu pro veřejnou správu.

(3) Zboží, potřebné pro výstavbu nebo pro údržbu hraničního mostu, nepodléhá při dovozu a vývozu žádným zákazům a omezením.

(4) Příslušné daňové a celní orgány obou smluvních států se vzájemně vypořádají a poskytnou si všechny potřebné informace a podporu při uplatňování svých vnitrostátních právních a správních předpisů v rámci ustanovení odst. 1 až 3. Zástupci těchto orgánů jsou oprávněni zdržovat se na staveništi hraničního mostu a po jeho dokončení na hraničním mostě samotném a provádět tam opatření v rámci ustanovení odst. 1 až 3, která jsou obsažena v jejich vnitrostátních právních a správních předpisech. V ostatním zůstávají příslušná výsoštná práva smluvních států nedotčena.

Článek 10

Ostatní stavební záměry

(1) V infiltrační oblasti pitné vody německé přehrady na pitnou vodu Gottleuba se k odvodnění německé dálnice A 17 na výsoštném území Spolkové republiky Německo a české dálnice D 8 na výsoštném území České republiky provedou opatření, nutná k ochraně pitné vody při výstavbě a provozu dálnice. V hraniční oblasti bude voda z povrchu dálnice odvedena přirozeným spádem.

(2) Každý smluvní stát převezme přípravu, vypsání výběrového řízení, zadání zakázky, přezkoumání realizačních podkladů, stavební dozor, výkup pozemků a přejímku odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody, která je nutno zřídit na jeho výsoštném území; tato opatření budou provedena vždy ve vzájemné shodě. Pro stavbu a údržbu odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody náležejících k hraničnímu mostu platí výše uvedená ustanovení pro stavbu hraničního mostu (články 1–9), pokud není v odstavci 3 pro náklady stanoveno něco jiného.

(3) Spolková republika Německo uhradí České republice prokázané náklady na opatření, která je nutno provést na výsoštném území České republiky výhradně k ochraně německé

Schutz der deutschen Trinkwassertalsperre Gottleuba durchzuführenden Maßnahmen. Die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, bleibt unberücksichtigt. Diese Steuer wird allein von der Tschechischen Republik getragen. Verwaltungskosten werden in Höhe von zehn vom Hundert der Baukosten ohne tschechische Mehrwertsteuer berücksichtigt. Für die Kostenerstattung gilt Artikel 7 des Vertrags.

(4) Jeder Vertragsstaat stellt sicher, dass bei Inbetriebnahme eines Straßenabschnitts auf seinem Hoheitsgebiet die erforderlichen Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen funktionsfähig sind.

(5) Jeder Vertragsstaat übernimmt nach Fertigstellung der Entwässerungsanlagen und der Trinkwasserschutzanlagen auf seinem Hoheitsgebiet deren Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung, Erneuerung); für die Erhaltung der Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen der Grenzbrücke gilt Absatz 2 Satz 2. Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik die Mehrkosten für die Instandsetzung und Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen auf ihrem Hoheitsgebiet; die Kosten für die Unterhaltung dieser Anlagen trägt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet. Für die Zahlungen findet Artikel 7 Absatz 4 des Vertrags Anwendung.

(6) Die Abnahme der auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik befindlichen Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen erfolgt in Gegenwart der zuständigen deutschen Wasserwirtschaftsbehörden. Ab dem auf die Abnahme folgenden Kalenderjahr wird diesen Behörden mindestens einmal jährlich der Zutritt und die Inaugenscheinnahme der vorgenannten Anlagen ermöglicht. Die deutschen Wasserwirtschaftsbehörden sind befugt, im Einvernehmen mit den tschechischen Wasserwirtschaftsbehörden auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik wasserwirtschaftliche Prüfungen durchzuführen, die dem Schutz der Trinkwassertalsperre Gottleuba dienen. Artikel 8 Absätze 1, 3 und 4 finden Anwendung.

přehradu na pitnou vodu Gottleuba. Česká daň z přidané hodnoty, která je obsažena v nákladech, nebude zohledněna. Tuto daň ponese pouze Česká republika. Správní náklady budou zohledněny ve výši deseti procent stavebních nákladů bez české daně z přidané hodnoty. Pro úhradu nákladů platí článek 7 smlouvy.

(4) Každý smluvní stát zajistí, aby při uvedení silničního úseku na jeho výsostném území do provozu byla potřebná odvodňovací zařízení a zařízení k ochraně pitné vody funkční.

(5) Každý smluvní stát převezme po dokončení odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody na jeho výsostném území jejich údržbu (provozní údržbu, stavební údržbu, obnovu); pro údržbu odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody hraničního mostu platí odstavec 2 druhá věta. Spolková republika Německo uhradí České republice vícenáklady na stavební údržbu a obnovu odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody na jejím výsostném území, náklady na provozní údržbu ponese každý smluvní stát na svém výsostném území. Pro platby platí článek 7 odstavec 4 smlouvy.

(6) Přejímka odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody na výsostném území České republiky bude provedena za přítomnosti příslušných německých vodohospodářských orgánů. Od kalendářního roku následujícího po roce přejímky bude těmto orgánům umožněn nejméně jednou ročně přístup a prohlídka výše uvedených zařízení. Německé vodohospodářské orgány jsou oprávněny k tomu, aby po dohodě s českými vodohospodářskými orgány prováděly na výsostném území České republiky vodohospodářské kontroly, které slouží ochraně přehradu na pitnou vodu Gottleuba. Platí článek 8 odstavce 1, 3, 4.

Artikel 11 Datenschutz

Unter Beachtung des nationalen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig.

Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

Článek 11 Ochrana údajů

Předávání a používání osobních údajů (dále jen „údajů“), se při respektování vnitrostátních právních předpisů každého smluvního státu provádí v rámci této smlouvy podle následujících ustanovení:

1. Přejímající orgán podá předávajícímu orgánu druhého smluvního státu na vyzvání informaci o použití předaných údajů a o tím dosažených výsledcích.
2. Použití údajů příjemcem je přípustné pouze pro účely, stanovené touto smlouvou a za podmínek, stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je přípustné použití k zamezení a stíhání závažných trestných činů a pro účely ochrany před závažným ohrožením veřejné bezpečnosti.

3. Předávající orgán je povinen dbát na správnost předávaných údajů, jakož i na potřebnost a přiměřenost ve vztahu k účelu, který je sledován jejich předáním. Přitom je třeba dbát na zákazy předávání, dané příslušnými vnitrostátními právními předpisy. Předání údajů se neuskuteční, pokud předávající orgán má důvod se domnívat, že tím dojde k porušení vnitrostátního zákona nebo že budou omezeny zájmy dotčené osoby, které zasluhují ochrany. Pokud se prokáže, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je třeba to neprodleně sdělit příjemci. Ten je povinen je opravit nebo zničit.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssten. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
4. Dotčenému se na jeho žádost podají informace o údajích o jeho osobě a o předpokládaném účelu jejich použití. Poskytnutí těchto informací může být odmítnuto, pokud zájem státu neposkytnout informace převažuje nad zájmy žadatele. V ostatním se řídí právo dotčeného na získání informací podle vnitrostátních právních předpisů toho smluvního státu, na jehož výsostném území se o informace žádá.
5. Předávající orgán upozomí při předání údajů na lhůty archivace těchto údajů, stanovené jeho vnitrostátními právními předpisy, po jejichž uplynutí musí být údaje zlikvidovány. Nezávisle na těchto lhůtách je třeba zlikvidovat předané údaje, jakmile nejsou dál potřebné k účelu, pro který byly předány.
6. Předávající a přejímající orgán zajistí vedení evidence o předání a převzetí údajů.
7. Předávající a přejímající orgán jsou povinny účinně chránit předávané údaje před nepovolaným přístupem, nepovolanými změnami a nepovolaným zveřejněním.

Artikel 12

Gemischte Kommission

(1) Die Vertragsstaaten bilden eine Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus jeweils drei ständigen Mitgliedern sowie aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten weiteren Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Kommission sowie die drei ständigen Mitglieder mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats ersuchen, die Unterlagen vorzulegen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Die Gemischte Kommission fasst ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 13

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, diese Meinungsverschiedenheiten beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsstaaten herbeizuführen.

Artikel 14

Schlussbestimmung

Die Vertragsstaaten vollziehen diesen Vertrag durch ihre jeweils zuständigen Behörden.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht.

Článek 12

Smíšená komise

(1) Smluvní státy vytvoří smíšenou komisi pro stavbu hraničního mostu. Ta se skládá z obou vedoucích delegací, ze tří stálých členů každé strany a z dalších členů, vyslaných každým smluvním státem na zasedání. Smluvní státy si vzájemně sdělí vedoucího své delegace v komisi a tyto tři stálé členy. Vedoucí každé delegace může požádáním vedoucího druhé delegace svolat zasedání komise pod svým předsednictvím. Zasedání se musí na jeho přání uskutečnit nejpozději do jednoho měsíce po doručení této žádosti.

(2) Smíšená komise má za úkol objasňovat otázky spojené se stavbou hraničního mostu a odvodňovacích zařízení a předkládat smluvním státům doporučení.

(3) Každá delegace ve smíšené komisi může požádat příslušné orgány druhého smluvního státu o předložení podkladů, které považuje za potřebné k přípravě závěrů komise.

(4) Smíšená komise přijímá své závěry ve vzájemné shodě.

Článek 13

Rozdílné názory

Rozdílnost názorů týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních států. Příslušné orgány smluvních států mohou za tímto účelem požádat o stanovisko smíšenou komisi. Nepodaří-li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti názorů urovnat, budou je řešit pokud možno smluvní státy.

Článek 14

Závěrečné ustanovení

Smluvní státy budou provádět tuto smlouvu prostřednictvím svých příslušných orgánů.

Článek 15

Vstup v platnost

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listy budou vyměněny co nejdříve v Prag/Praze.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne druhého měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

Artikel 16

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Vertrags erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Änderung des Vertrags oder seine Aufhebung und Neuregelung verhandeln.

Geschehen zu Berlin am 12. September 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Článek 16

Doba platnosti a změny smlouvy

(1) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Může být změněna, doplněna nebo zrušena jen ve vzájemné shodě mezi smluvními státy.

(2) Pokud dojde při provádění smlouvy ke značným obtížím nebo pokud se podstatně změní podmínky, existující při jejím uzavření, budou smluvní státy na požádání jednoho smluvního státu jednat o změně smlouvy nebo o jejím zrušení a nové úpravě.

Dáno v Berlíně dne 12. září 2000 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Broudré-Gröger
Reinhard Klimmt

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Schling

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation
über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung
der schlimmsten Formen der Kinderarbeit**

Vom 28. Juni 2002

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 2001 zu dem Übereinkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (BGBl. 2001 II S. 1290) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 18. April 2003 in Kraft treten wird; die Ratifikationsurkunde ist am 18. April 2002 beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist bereits für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Algerien	am	9. Februar 2002
Angola	am	13. Juni 2002
Argentinien	am	5. Februar 2002
Bahamas	am	14. Juni 2002
Bahrain	am	23. März 2002
Bangladesch	am	12. März 2002
Barbados	am	23. Oktober 2001
Belize	am	6. März 2001
Botsuana	am	3. Januar 2001
Brasilien	am	2. Februar 2001
Bulgarien	am	28. Juli 2001
Chile	am	17. Juli 2001
Dänemark	am	14. August 2001
Dominica	am	4. Januar 2002
Dominikanische Republik	am	15. September 2001
Ecuador	am	19. September 2001
El Salvador	am	12. Oktober 2001
Finnland	am	17. Januar 2001
Gabun	am	28. März 2002
Ghana	am	13. Juni 2001
Guyana	am	15. Januar 2002
Indonesien	am	28. März 2001
Irland	am	20. Dezember 2000
Island	am	29. Mai 2001
Italien	am	7. Juni 2001
Japan	am	18. Juni 2002
Jemen	am	15. Juni 2001
Jordanien	am	20. April 2001
Kanada	am	6. Juni 2001
Katar	am	30. Mai 2001
Kenia	am	7. Mai 2002
Kongo, Demokratische Republik	am	20. Juni 2002
Korea, Republik	am	29. März 2002
Kuwait	am	15. August 2001
Lesotho	am	14. Juni 2002
Libysch-Arabische Dschamahirija	am	4. Oktober 2001

Luxemburg	am	21. März 2002
Malawi	am	19. November 2000
Malaysia	am	10. November 2001
Mali	am	14. Juli 2001
Malta	am	15. Juni 2002
Marokko	am	26. Januar 2002
Mauritius	am	8. Juni 2001
Mexiko	am	30. Juni 2001
Mongolei	am	26. Februar 2002
Namibia	am	15. November 2001
Neuseeland	am	14. Juni 2002
Nicaragua	am	6. November 2001
Niger	am	23. Oktober 2001
Norwegen	am	21. Dezember 2001
Oman	am	11. Juni 2002
Panama	am	31. Oktober 2001
Papua-Neuguinea	am	2. Juni 2001
Paraguay	am	7. März 2002
Philippinen	am	28. November 2001
Portugal	am	15. Juni 2001
Ruanda	am	23. Mai 2001
Rumänien	am	13. Dezember 2001
San Marino	am	15. März 2001
Schweden	am	13. Juni 2002
Schweiz	am	28. Juni 2001
Senegal	am	1. Juni 2001
Seychellen	am	19. November 2000
Simbabwe	am	11. Dezember 2001
Singapur	am	14. Juni 2002
Slowakei	am	20. Dezember 2000
Slowenien	am	8. Mai 2002
Spanien	am	2. April 2002
Sri Lanka	am	1. März 2002
St. Kitts und Nevis	am	12. Oktober 2001
St. Lucia	am	6. Dezember 2001
Südafrika	am	7. Juni 2001
Thailand	am	16. Februar 2002
Togo	am	19. September 2001
Tschad	am	6. November 2001
Tschechische Republik	am	19. Juni 2002
Tunesien	am	28. Februar 2001
Uganda	am	21. Juni 2002
Ukraine	am	14. Dezember 2001
Ungarn	am	20. April 2001
Vereinigte Arabische Emirate	am	28. Juni 2002
Vereinigtes Königreich	am	22. März 2001
Vereinigte Staaten	am	2. Dezember 2000
Vietnam	am	19. Dezember 2001
Weißrussland	am	31. Oktober 2001
Zentralafrikanische Republik	am	28. Juni 2001
Zypern	am	27. November 2001.

Das Übereinkommen wird ferner für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Ägypten	am	6. Mai 2003
Albanien	am	2. August 2002
Äquatorialguinea	am	13. August 2002

Belgien	am	8. Mai 2003
Benin	am	6. November 2002
Bosnien und Herzegowina	am	5. Oktober 2002
Burkina Faso	am	25. Juli 2002
Burundi	am	11. Juni 2003
Costa Rica	am	10. September 2002
Estland	am	24. September 2002
Fidschi	am	17. April 2003
Frankreich	am	11. September 2002
Gambia	am	3. Juli 2002
Griechenland	am	6. November 2002
Guatemala	am	11. Oktober 2002
Honduras	am	25. Oktober 2002
Irak	am	9. Juli 2002
Iran, Islamische Republik	am	8. Mai 2003
Kamerun	am	5. Juni 2003
Kap Verde	am	23. Oktober 2002
Kongo	am	29. April 2003
Kroatien	am	17. Juli 2002
Libanon	am	11. September 2002
Madagaskar	am	4. Oktober 2002
Mauretanien	am	3. Dezember 2002
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	30. Mai 2003
Moldau, Republik	am	14. Juni 2003
Nepal	am	3. Januar 2003
Niederlande	am	14. Februar 2003
Österreich	am	4. Dezember 2002
Pakistan	am	11. Oktober 2002
Peru	am	10. Januar 2003
Sambia	am	10. Dezember 2002
Saudi-Arabien	am	8. Oktober 2002
St. Vincent und die Grenadinen	am	4. Dezember 2002
Tansania, Vereinigte Republik	am	12. September 2002
Türkei	am	2. August 2002
Uruguay	am	3. August 2002.

Berlin, den 28. Juni 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über die vorläufige Anwendung
des deutsch-slowakischen Abkommens
über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße**

Vom 24. Juli 2002

Das in Pressburg am 14. Juni 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße ist nach seinem Artikel 21 Abs. 1

seit dem 14. Juni 2002

nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorläufig anwendbar; das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach seinem Artikel 21 Abs. 1 erfüllt sind.

Berlin, den 24. Juli 2002

Bundesministerium
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Burgmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Slowakischen Republik –

in dem Wunsch, einen Beitrag zur gegenseitigen vorteilhaften Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu leisten,

mit dem Ziel, den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße zwischen beiden Ländern und im Transit durch ihre Hoheitsgebiete auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu erleichtern und zu regeln –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien die Beförderung von Personen und Gütern im internationalen Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik und im Transit durch diese Staaten durch Unternehmen, die zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Abschnitt 1

Personenverkehr

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieses Abkommens ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen sowie mit Personenkraftwagen (Taxen und Mietwagen) auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter. Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Als Personenkraftwagen gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im Voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungs-

entgelten und -bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die im Wesentlichen wie Linienverkehre durchgeführt werden.

(2) Als Linienverkehr im Sinne dieses Abkommens gilt unabhängig davon, wer den Ablauf der Fahrten bestimmt, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Kategorien von Personen unter Ausschluss anderer Fahrgäste, soweit die Merkmale des Linienverkehrs nach Absatz 1 gegeben sind. Diese Beförderungen, insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zur Arbeitsstelle und von dort zu ihrer Wohnung und die Beförderung von Schülern zur Lehranstalt und von dort zu ihrer Wohnung, werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet.

(3) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(4) Änderungen des Linienverlaufs, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Einstellung des Betriebes bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Betriebssitz hat. Der Zweck des Abkommens ist dabei angemessen zu berücksichtigen. Die nach Satz 2 zuständige Behörde holt hierzu eine Stellungnahme der anderen Vertragspartei ein.

(5) Anträge der Verkehrsunternehmer einer Vertragspartei auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 4 sind mit einer Stellungnahme des zuständigen Ministeriums oder der von ihm beauftragten Behörde dieser Vertragspartei dem zuständigen Ministerium oder der von ihm beauftragten Behörde der anderen Vertragspartei unmittelbar zu übersenden.

(6) Die Anträge nach den Absätzen 4 und 5 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des antragstellenden Verkehrsunternehmers;
2. Art des Verkehrs;
3. Beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Anzahl der Fahrten (zum Beispiel täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. Genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);

7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrtstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftfahrzeuge;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tarife).

Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahrten von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Ausgangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu verstehen. Neben der Beförderungsleistung muss die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, dass mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Pendelverkehre bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist dem zuständigen Ministerium oder der von ihm beauftragten Behörde der anderen Vertragspartei unmittelbar zu übersenden. Er soll mindestens 60 Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 6 noch die Reisedaten, Anzahl der Fahrten und die Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthalts untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthalts enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke, Kontrolldokumente und zuständige Behörden werden erforderlichenfalls in der nach Artikel 18 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrtstrecke die gleiche Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),

oder

b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),

oder

c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Unternehmen mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, dass die zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei dies gestatten.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens vier Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;
2. Zweck der Reise (Beschreibung);
3. Ausgangs- und Zielort der Fahrt und Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
4. Fahrtstrecke mit Grenzübergangsstellen;
5. Daten der Hin- und Rückfahrt mit Angabe, ob Hin-/Rückfahrt besetzt oder leer erfolgen sollen;
6. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
7. Amtliche Kennzeichen der Kraftfahrzeuge;
8. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftfahrzeuge.

(6) Kontrolldokumente für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre und deren Verwendung werden in der nach Artikel 18 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

Artikel 6

(1) Nach Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilte Genehmigungen dürfen nur von dem Verkehrsunternehmer genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf ein anderes Unternehmen übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben, genutzt werden. Im Rahmen eines Linienverkehrs kann der Verkehrsunternehmer, dem die Genehmigung erteilt ist, Vertragsunternehmer einsetzen. Diese brauchen in der Genehmigungsurkunde nicht genannt zu sein, müssen jedoch eine amtliche Ausfertigung dieser Urkunde mit sich führen.

(2) Die Beförderung von Personen mit Beginn und Ende innerhalb des Hoheitsgebietes einer Vertragspartei mit auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zugelassenen Kraftomnibussen ist nicht gestattet (Kabotageverbot). Die nach Artikel 18 gebildete Gemischte Kommission kann eine Ausnahmeregelung für Einzelfälle vereinbaren.

Abschnitt 2

Güterverkehr

Artikel 7

Unternehmer bedürfen für Beförderungen im gewerblichen Güterkraftverkehr zwischen dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist, und dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei sowie im Transit durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei der Genehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei.

Artikel 8

(1) Die Genehmigung, die dem Unternehmer erteilt wird, gilt nur für ihn selbst und ist nicht übertragbar.

(2) Eine Genehmigung ist erforderlich für jedes Lastkraftfahrzeug und für jede Zugmaschine. Sie gilt zugleich für mitgeführte Anhänger oder Sattelanhänger unabhängig vom Ort ihrer Zulassung.

(3) Eine Genehmigung gilt im Wechsel- und Transitverkehr für jeweils eine oder mehrere Hin- und Rückfahrten in dem in der

Genehmigung angegebenen Zeitraum (Fahrtgenehmigung) oder für eine beliebige Anzahl von Fahrten während der in ihr bestimmten Zeit (Zeitgenehmigung).

(4) Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem dritten Staat sind nur zulässig, wenn dabei der Staat, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, auf verkehrüblichem Weg durchfahren wird.

(5) Die Beförderung von Gütern zwischen zwei im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei liegenden Orten ist Unternehmern mit Sitz im Gebiet der anderen Vertragspartei nicht gestattet. Ausnahmen für Einzelfälle können für den Einsatz von Spezialfahrzeugen in der nach Artikel 18 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart werden.

(6) Für die nach diesem Abkommen vorgesehenen gewerblichen Güterbeförderungen sind Frachtpapiere erforderlich, deren Form dem international üblichen Muster entsprechen muss.

Artikel 9

(1) Keiner Genehmigung nach Artikel 7 bedürfen die Beförderungen von

1. Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren zulässiges Gesamtgewicht, einschließlich des Gesamtgewichts der Anhänger, 3,5 t nicht übersteigt;
2. Umzugsgut (Hausrat);
3. Kunstgegenständen und -werken;
4. Gegenständen und Einrichtungen, die für Sportveranstaltungen, Theater-, Musik- und Filmvorstellungen, Messen und Ausstellungen oder für Rundfunk-, Fernseh- oder Filmaufnahmen bestimmt sind, sofern diese Gegenstände oder Einrichtungen nur vorübergehend ein- oder ausgeführt werden;
5. Leichen oder der Asche von Verstorbenen;
6. Luftfrachtgütern nach und von Flughäfen bei Umleitung der Flugdienste;
7. Postsendungen im Rahmen öffentlicher Versorgungsdienste;
8. beschädigten oder reparaturbedürftigen Lastkraftfahrzeugen (Rückführung);
9. Medikamenten, medizinischen Geräten und Ausrüstungen sowie anderen zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmten Gütern;
10. lebenden Tieren;
11. Gepäck in Anhängern an Kraftomnibussen;
12. hochwertigen Waren (zum Beispiel Edelmetalle) in Spezialfahrzeugen, die von der Polizei oder anderen Sicherheitskräften begleitet werden.

Ebenfalls bedürfen keiner Genehmigung nach Artikel 7

13. der Nachlauf zum begleiteten kombinierten Verkehr vom nächstgelegenen geeigneten Bahnhof zum Empfänger;
14. Fahrten leerer Kraftfahrzeuge, wenn es sich nicht um Fahrzeuge handelt, die Handelsgut sind.

(2) Die nach Artikel 18 gebildete Gemischte Kommission kann weitere Beförderungen von der Genehmigungspflicht ausnehmen.

(3) Für Beförderungen im Werkverkehr ist eine Genehmigung nach Artikel 7 nicht erforderlich. Bei diesen Beförderungen sind Unterlagen mitzuführen, aus denen hervorgeht, dass es sich um Werkverkehr handelt.

Artikel 10

(1) Die für Unternehmen aus der Slowakischen Republik erforderlichen Genehmigungen werden durch das zuständige Ministerium der Bundesrepublik Deutschland erteilt und vom

zuständigen Ministerium der Slowakischen Republik oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

(2) Die für Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen werden durch das zuständige Ministerium der Slowakischen Republik erteilt und von dem zuständigen Ministerium der Bundesrepublik Deutschland oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

Artikel 11

(1) Die nach Artikel 18 gebildete Gemischte Kommission legt im Wege der Vereinbarung die Anzahl der Genehmigungen, die beiden Vertragsparteien jährlich zur Verfügung stehen, fest. Die vereinbarte Anzahl der Genehmigungen kann im Bedarfsfall durch die nach Artikel 18 gebildete Gemischte Kommission geändert werden.

(2) Inhalt und Form der Genehmigungen werden von der nach Artikel 18 gebildeten Gemischten Kommission festgelegt.

Abschnitt 3

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 12

Bei der Durchführung von Beförderungen und Leerfahrten auf Grund dieses Abkommens entfallen für jede der Vertragsparteien alle Abfertigungsgebühren und Einfuhrabgaben (Zoll, Einfuhrumsatzsteuer und Mineralölsteuer) sowie die Genehmigungspflicht für die Einfuhr folgender Güter in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei:

- a) Kraftstoff, der in den für das jeweilige Kraftfahrzeugmodell vorgesehenen Hauptbehältern, die technisch und vom Aufbau her mit der Kraftstoffanlage verbunden sind, sowie in Kraftstoffbehältern für Kühlanlagen oder sonstigen Anlagen auf Lastkraftfahrzeugen oder Spezialcontainern mitgeführt wird. Etwaige Mengenbeschränkungen ergeben sich aus dem im jeweiligen Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei geltenden Recht;
- b) Schmierstoffe, die sich im Kraftfahrzeug befinden und die dem normalen Bedarf für den Betrieb während der Beförderung entsprechen;
- c) Ersatzteile und Werkzeuge zur Instandsetzung des Kraftfahrzeugs, mit dem die grenzüberschreitende Beförderung durchgeführt wird; nicht verwendete Ersatzteile sowie ausgewechselte Altteile müssen wieder ausgeführt, vernichtet oder nach den Bestimmungen, die im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei gelten, behandelt werden.

Artikel 13

Genehmigungen, Kontrolldokumente oder die sonst erforderlichen Dokumente sind bei allen Fahrten im Fahrzeug mitzuführen, auf Verlangen Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuzeigen und zur Prüfung auszuhändigen. Die Kontrolldokumente sind vor Beginn der Fahrt vollständig auszufüllen.

Artikel 14

(1) Die auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei zugelassenen Fahrzeuge müssen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei die dort gültigen Rechtsvorschriften hinsichtlich Gewicht, Abmessungen und Achslast einhalten.

(2) Sofern Gewicht, Abmessungen oder Achslast eines Fahrzeugs die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei zulässigen Grenzen überschreiten, muss für das Fahrzeug eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei vor Beginn der Fahrt eingeholt werden. Beschränkt die Genehmigung den Verkehr für dieses Fahrzeug auf eine bestimmte Strecke, so darf die Beförderung nur auf dieser Strecke erfolgen.

Artikel 15

Die Vertragsparteien werden im grenzüberschreitenden Straßenverkehr den Einsatz von Fahrzeugen fördern, die schadstoff- und lärmarm sind sowie über ein hohes fahrzeugtechnisches Sicherheitsniveau verfügen.

Artikel 16

(1) Die Unternehmer mit Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei sind verpflichtet, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Unternehmers oder seines Fahrpersonals gegen das im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltende Recht oder gegen die Bestimmungen dieses Abkommens können die zuständigen Behörden der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlungen begangen wurden, im Rahmen des jeweils geltenden Rechts folgende Maßnahmen treffen:

- a) Aufforderung an den verantwortlichen Unternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluss vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Unternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei das Unternehmen vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Absatz 2 Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 17

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Behörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Behörde erfolgen.
4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung erfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, unverzüglich die Berichtigung oder Löschung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu

erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

6. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 18

Vertreter der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien bilden eine Gemischte Kommission. Sie tritt im Bedarfsfalle zusammen, um die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens sicherzustellen, andere Fragen zu behandeln, die mit dem internationalen Straßenverkehr im Sinne dieses Abkommens zusammenhängen, und alle auftretenden Streitfragen einvernehmlich zu regeln. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission Vorschläge zur Anpassung des Abkommens an die Verkehrsentwicklung und an geänderte Rechtsvorschriften. Sie kann Sachverständige anderer Stellen beteiligen.

Artikel 19

(1) Die mit der Durchführung dieses Abkommens beauftragten zuständigen Behörden sind:

- für die Bundesrepublik Deutschland: das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen oder das von ihm beauftragte Bundesamt für Güterverkehr und für Genehmigungen nach Artikel 3 Absätze 3 und 4, Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 14 Absatz 2 die Genehmigungsbehörden der Länder,
- für die Slowakische Republik: das Ministerium für Verkehr, Post und Telekommunikationen der Slowakischen Republik.

(2) Die Vertragsparteien teilen sich jede Änderung in Bezug auf die zuständigen Behörden mit.

Artikel 20

Dieses Abkommen berührt nicht die Pflichten der Vertragsparteien aus anderen internationalen Übereinkünften, darunter die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Artikel 21

(1) Dieses Abkommen ist ab dem Tag der Unterzeichnung nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig anwendbar und tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Slowakischen Republik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

(2) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall tritt dieses Abkommen sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten das Abkommen vom 28. Oktober 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über den grenzüberschreitenden Güterverkehr auf der Straße im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik und das Abkommen vom 25. September 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über den grenzüberschreitenden Personenverkehr auf der Straße außer Kraft.

Artikel 22

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Vertragspartei veranlasst, in deren Land dieses Abkommen unterzeichnet wurde. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registriernummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Pressburg am 14. Juni 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Frank Lambach

Für die Regierung der Slowakischen Republik
Jozef Macejka

**Bekanntmachung
des deutsch-türkischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 1. August 2002

Das in Ankara am 15. März 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über Finanzielle Zusammenarbeit (Abfallwirtschaft Samsun, KMU-Kreditprogramm, Begleitmaßnahmen) ist nach seinem Artikel 6

am 8. Juli 2002

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. August 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
R. Goerdeler

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Türkei
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Abfallwirtschaft Samsun, KMU-Kreditprogramm, Begleitmaßnahmen)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Republik Türkei

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Türkei beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Ergebnisniederschriften der Regierungsverhandlungen vom 12. Dezember 1998 und 22. November 2000

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Türkei, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 18 000 000,- DM (in Worten: achtzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 9 203 253,86) für das Vorhaben „Abfallwirtschaft Samsun“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist;
2. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens bis zu 1 300 000,- DM (in Worten: eine Million dreihunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 664 679,45);
3. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Kreditlinie zur Förderung des industriellen Umweltschutzes“ bis zu 1 700 000,- DM (in Worten: eine Million siebenhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 869 196,20);
4. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Abwasserentsorgung Malatya“ bis zu 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 1 022 583,76).

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Türkei zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere

Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Finanzierungsbeiträge für Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummern 2 bis 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen und Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 4 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für den Betrag unter Nummer 1 endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2006, für die Beträge unter Nummern 2 bis 4 mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Türkei stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Türkei erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Türkei überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Die im Abkommen vom 21. Juni 1990 über Finanzielle Zusammenarbeit für die Vorhaben „Neue Galatabrücke“, „Wasserversorgung Istanbul“ und „Stadtbahn Konya“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von 36 000 000,- DM (in Worten: sechsunddreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 18 406 507,72) werden mit einem Betrag von 4 010 902,64 DM (in Worten: vier Millionen zehntausendneuhundertzwei Deutsche Mark und vierundsechzig Pfennig; nachrichtlich in Euro: 2 050 741,96) reprogrammiert.

(2) Die im Abkommen vom 4. Juni 1991 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Zentralkläwerk Ankara“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von 59 500 000,- DM (in Worten: neunundfünfzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark;

nachrichtlich in Euro: 30 421 866,93) werden mit einem Betrag von 5 174 250,12 DM (in Worten: fünf Millionen einhundertvierundsiebzigtausendzweihundertfünfzig Deutsche Mark und zwölf Pfennig; nachrichtlich in Euro: 2 645 552,08) reprogrammiert;

(3) Die im Abkommen vom 13. Juni 1991 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Neue Galatabrücke“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von 28 200 000,- DM (in Worten: achtundzwanzig Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 14 418 431,05), gekürzt im Abkommen vom 13. Dezember 1996 über Finanzielle Zusammenarbeit um 24 500 000,- DM (in Worten: vierundzwanzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 12 526 651,09), werden mit einem Betrag von 3 700 000,- DM (in Worten: drei Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 1 891 779,96) reprogrammiert.

(4) Die im Abkommen vom 5. November 1992 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Wasserversorgung Ankara IV“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von 48 000 000,- DM (in Worten: achtundvierzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 24 542 010,30) werden mit einem Betrag von 7 729 919,61 DM (in Worten: sieben Millionen siebenhundertneunundzwanzigtausendneuhundertneunzehn Deutsche Mark und einundsechzig Pfennig; nachrichtlich in Euro: 3 952 245,14) reprogrammiert.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Türkei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Ankara am 15. März 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher, türkischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des türkischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Schmidt

Für die Regierung der Republik Türkei
H. Ersen Ekren

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen

Vom 5. August 2002

Das Übereinkommen vom 17. März 1992 über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (BGBl 1998 II S. 1527) wird nach seinem Artikel 30 Abs. 3 für

Italien am 30. September 2002
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Mai 2002 (BGBl. II S. 1588).

Berlin, den 5. August 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des VN-Waffenübereinkommens
sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen**

Vom 5. August 2002

I.

Das Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935), ist nach seinem Artikel 5 Abs. 2 für

Mali	am	24. April 2002
Nauru	am	12. Mai 2002

in Kraft getreten.

Es wird ferner für

Marokko	am	19. September 2002
---------	----	--------------------

in Kraft treten.

II.

Das Protokoll über nichtentdeckbare Splitter (Protokoll I) – BGBl. 1992 II S. 958, 967 – ist nach Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für

Mali	am	24. April 2002
Nauru	am	12. Mai 2002

in Kraft getreten.

Es wird ferner für

Marokko	am	19. September 2002
---------	----	--------------------

in Kraft treten.

III.

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung) – BGBl. 1997 II S. 806, 807 – ist nach seinem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe b und Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für die nachfolgenden weiteren Staaten in Kraft getreten:

Guatemala	am	29. April 2002
Mali	am	24. April 2002
Nauru	am	12. Mai 2002.

Es wird ferner für

Kroatien	am	25. Oktober 2002
Marokko	am	19. September 2002

in Kraft treten.

IV.

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Brandwaffen (Protokoll III) – BGBl. 1992 II S. 958, 975 – ist nach Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Mali	am	24. April 2002
Nauru	am	12. Mai 2002.

Es wird ferner für

Marokko	am	19. September 2002
---------	----	--------------------

in Kraft treten.

V.

Das Protokoll vom 13. Oktober 1995 über blindmachende Laserwaffen (Protokoll IV) – BGBl. 1997 II S. 806, 827 – ist nach seinem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Mali	am	24. April 2002
Portugal	am	12. Mai 2002.

Es wird ferner für

Kroatien	am	25. Oktober 2002
Marokko	am	19. September 2002

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. November 2001 (BGBl. 2002 II S. 42).

Berlin, den 5. August 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern**

Vom 5. August 2002

Polen hat dem Generalsekretär des Europarats nach Artikel 25 Abs. 1 des Europäischen Übereinkommens vom 24. April 1967 über die Adoption von Kindern (BGBl. 1980 II S. 1093) am 20. September 2001 die Erneuerung des bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eingelegten Vorbehalts zu Artikel 7 Abs. 1 des Übereinkommens mit Wirkung vom 23. September 2001 für weitere fünf Jahre notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1996, BGBl. 1997 II S. 160).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. November 2001 (BGBl. II S. 1325).

Berlin, den 5. August 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-tschechischen Vertrags
über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden
und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten**

Vom 6. August 2002

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. April 2002 zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten (BGBl. 2002 II S. 790) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 18 Abs. 1

am 1. August 2002

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind in Prag am 18. Juli 2002 ausgetauscht worden.

Berlin, den 6. August 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
des deutsch-usbekischen Abkommens
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 6. August 2002

Das in Berlin am 3. April 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Usbekistan über Technische Zusammenarbeit wird nachstehend veröffentlicht.

Die Bekanntmachung des Inkrafttretens des Abkommens erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach seinem Artikel 7 Abs. 1 erfüllt sind.

Bonn, den 6. August 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Usbekistan über Technische Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Usbekistan –

auf der Grundlage der zwischen beiden Staaten und ihren Völkern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ihrer Staaten und Völker und

in dem Wunsch, die Beziehungen durch partnerschaftliche Technische Zusammenarbeit zu vertiefen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Völker zusammen.

(2) Dieses Abkommen beschreibt die Rahmenbedingungen für die Technische Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien. Die Vertragsparteien können ergänzende Übereinkünfte über einzelne Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit (im Folgenden als „Projektvereinbarungen“ bezeichnet) schließen. Dabei bleibt jede Vertragspartei für die Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit auf dem Territorium ihres Staates selbst verantwortlich. In den Projektvereinbarungen wird die gemeinsame Konzeption des Vorhabens festgelegt, wozu insbesondere sein Ziel, die Leistungen der Vertragsparteien, die Aufgaben und die organisatorische Stellung der Beteiligten und der zeitliche Ablauf gehören.

Artikel 2

(1) Die Projektvereinbarungen können eine Förderung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Bereichen vorsehen:

- a) Ausbildungs-, Beratungs-, Forschungs- und sonstige Einrichtungen in der Republik Usbekistan;
- b) Erstellung von Planungen, Studien und Gutachten;
- c) andere Bereiche der Zusammenarbeit, auf die sich die Vertragsparteien einigen.

(2) Die Förderung kann erfolgen

- a) durch Entsendung von Fachkräften wie Ausbildern, Beratern, Gutachtern, wissenschaftlichem und technischem Personal, Projektassistenten und Hilfskräften; das gesamte im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsandte Personal wird im Folgenden als „entsandte Fachkräfte“ bezeichnet;
- b) durch Lieferung von Material und Ausrüstung (im Folgenden als „Material“ bezeichnet);
- c) durch Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern der Republik Usbekistan in der Republik Usbekistan, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern;
- d) in anderer geeigneter Weise.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt für die von ihr geförderten Vorhaben die Kosten für folgende Leistungen, soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen:

- a) Vergütungen für die entsandten Fachkräfte;
- b) Unterbringung der entsandten Fachkräfte und ihrer Familienmitglieder, soweit nicht die entsandten Fachkräfte die Kosten tragen;
- c) Dienstreisen der entsandten Fachkräfte innerhalb und außerhalb der Republik Usbekistan;
- d) Beschaffung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials;
- e) Transport und Versicherung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials bis zum Standort der Vorhaben; hiervon ausgenommen sind die in Artikel 3 Buchstabe b genannten Abgaben und Lagergebühren;
- f) Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern der Republik Usbekistan entsprechend den jeweils geltenden deutschen Richtlinien.

(4) Soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen, geht das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für das Vorhaben gelieferte Material bei seinem Eintreffen in der Republik Usbekistan in das Eigentum der Republik Usbekistan über; das Material steht den geförderten Vorhaben und den entsandten Fachkräften für ihre Aufgaben uneingeschränkt zur Verfügung.

(5) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet die Regierung der Republik Usbekistan darüber, welche Träger, Organisationen oder Stellen sie mit der Durchführung ihrer Förderungsmaßnahmen für das jeweilige Vorhaben beauftragt. Die beauftragten Träger, Organisationen oder Stellen werden im Folgenden als „durchführende Stelle“ bezeichnet.

Artikel 3

Leistungen der Regierung der Republik Usbekistan:

Sie

- a) stellt auf ihre Kosten für die Vorhaben in der Republik Usbekistan die erforderlichen Grundstücke und Gebäude einschließlich deren Einrichtung zur Verfügung, soweit nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Einrichtung auf ihre Kosten liefert;
- b) befreit das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben in der Republik Usbekistan gelieferte Material von Lizenzen, Ein- und Ausfuhr- und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie von Lagergebühren und stellt sicher, dass das Material unverzüglich entzollt wird. Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag der durchführenden Stellen auch für in der Republik Usbekistan beschafftes Material;
- c) trägt die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Vorhaben;
- d) stellt auf ihre Kosten die jeweils erforderlichen Fach- und Hilfskräfte aus der Republik Usbekistan zur Verfügung; in den Projektvereinbarungen soll ein Zeitplan hierfür festgelegt werden;
- e) sorgt dafür, dass die Aufgaben der entsandten Fachkräfte so bald wie möglich durch Fachkräfte der Republik Usbekistan fortgeführt werden. Soweit diese Fachkräfte im Rahmen dieses Abkommens in der Republik Usbekistan, der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern aus- oder fortgebildet werden, benennt sie rechtzeitig unter Beteiligung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Taschkent oder der von dieser benannten Fachkräfte genügend Bewerber für die Aus- und Fortbildung. Sie benennt nur solche Bewerber, die sich ihr gegenüber verpflichtet haben, nach ihrer Aus- oder Fortbildung solange in den jeweiligen Vorhaben tätig zu sein, dass dessen Fortführung gewährleistet ist. Sie sorgt für angemessene Bezahlung dieser Fachkräfte aus der Republik Usbekistan im Einklang mit der Gesetzgebung der Republik Usbekistan;
- f) erkennt die Prüfungen, die im Rahmen dieses Abkommens aus- und fortgebildete usbekische Staatsangehörige abgelegt haben, entsprechend ihrem fachlichen Niveau an und eröffnet diesen Personen ausbildungsgerechte Anstellungs- und Aufstiegsmöglichkeiten oder Laufbahnen;
- g) gewährt den entsandten Fachkräften jede Unterstützung bei der Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben und stellt ihnen alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung;
- h) stellt sicher, dass die zur Durchführung der Vorhaben erforderlichen Leistungen erbracht werden, soweit diese nicht von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach den Projektvereinbarungen übernommen werden;
- i) stellt sicher, dass alle mit der Durchführung dieses Abkommens und der Projektvereinbarungen in der Republik Usbekistan befassten Stellen rechtzeitig und umfassend über deren Inhalt unterrichtet werden.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, dass die entsandten Fachkräfte verpflichtet werden,

- a) nach besten Kräften im Rahmen der über ihre Arbeit getroffenen Vereinbarungen zur Erreichung der in diesem Abkommen und in den Projektvereinbarungen festgelegten Ziele beizutragen;

- b) sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Republik Usbekistan einzumischen;
- c) die Gesetze der Republik Usbekistan zu befolgen und die Sitten und Gebräuche des Landes zu achten;
- d) keine andere wirtschaftliche Tätigkeit als diejenige auszuüben, mit der sie beauftragt sind;
- e) mit den amtlichen Stellen der Republik Usbekistan vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, dass vor Entsendung einer Fachkraft die Zustimmung der Regierung der Republik Usbekistan eingeholt wird. Die durchführende Stelle bittet die Regierung der Republik Usbekistan unter Übersendung des Lebenslaufs um Zustimmung zur Entsendung der von ihr ausgewählten Fachkraft. Geht innerhalb von einem Monat keine ablehnende Mitteilung der Regierung der Republik Usbekistan ein, so gilt dies als Zustimmung.

(3) Wünscht die Regierung der Republik Usbekistan die Abberufung einer entsandten Fachkraft, so wird sie frühzeitig mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Verbindung aufnehmen und die Gründe für ihren Wunsch darlegen. In gleicher Weise wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wenn eine entsandte Fachkraft von deutscher Seite abberufen wird, dafür sorgen, dass die Regierung der Republik Usbekistan so früh wie möglich darüber unterrichtet wird.

Artikel 5

(1) Die Regierung der Republik Usbekistan sorgt für den Schutz der Person und des Eigentums der entsandten Fachkräfte und der zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder. Hierzu gehört insbesondere Folgendes:

- a) Sie haftet an Stelle der entsandten Fachkräfte für Schäden, die diese im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe verursachen; jede Inanspruchnahme der entsandten Fachkräfte ist insoweit ausgeschlossen; ein Erstattungsanspruch, auf welcher Rechtsgrundlage er auch beruht, kann von der Republik Usbekistan gegen die entsandten Fachkräfte nur im Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden;
- b) sie befreit die in Satz 1 dieses Artikels genannten Personen von jeder Festnahme oder Haft in Bezug auf Handlungen oder Unterlassungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe stehen;
- c) sie gewährt den in Satz 1 dieses Artikels genannten Personen jederzeit die ungehinderte Ein- und Ausreise;
- d) sie stellt den in Satz 1 dieses Artikels genannten Personen einen Ausweis aus, in dem auf den besonderen Schutz und die Unterstützung, die die Regierung der Republik Usbekistan ihnen gewährt, hingewiesen wird.

(2) Die Regierung der Republik Usbekistan

- a) erhebt von den aus Mitteln der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an entsandte Fachkräfte für Leistungen im Rahmen dieses Abkommens gezahlten Vergütungen keine Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben; das Gleiche gilt für Vergütungen an Firmen, die im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen im Rahmen dieses Abkommens durchführen;
- b) gestattet den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen während der Dauer ihres Aufenthalts die abgaben- und kautionsfreie Einfuhr und Ausfuhr der zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmten Gegenstände; dazu gehören auch je Haushalt ein Kraftfahrzeug, ein Kühlschrank, eine Tiefkühltruhe, eine Waschmaschine, ein Herd, ein Rundfunkgerät, ein Fernsehgerät, ein Plattenspieler, ein Tonbandgerät, kleinere Elektrogeräte sowie je Person ein Klimagerät, ein Heizgerät, ein Ventilator und eine Foto- und Filmausrüstung; die abgaben- und kautionsfreie Einfuhr und Ausfuhr von Ersatzgegenständen

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,25 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

ist ebenfalls gestattet, wenn die eingeführten Gegenstände unbrauchbar geworden oder abhanden gekommen sind;

- c) gestattet den in Satz 1 dieses Artikels genannten Personen die Einfuhr von Medikamenten, Lebensmitteln, Getränken und anderen Verbrauchsgütern im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs;
- d) erteilt den in Satz 1 dieses Artikels genannten Personen gebühren- und kautionsfrei die erforderlichen Sichtvermerke, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für die bei seinem Inkrafttreten bereits begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit der Vertragsparteien.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Usbekistan einander notifiziert haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Das Abkommen gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Es verlängert sich danach stillschweigend um jeweils ein Jahr, es sei denn, dass eine der Vertragsparteien es drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts schriftlich kündigt.

(3) Nach Ablauf der Geltungsdauer dieses Abkommens gelten seine Bestimmungen für die begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit weiter.

Geschehen zu Berlin am 3. April 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher, usbekischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des usbekischen Wortlautes dieses Abkommens ist der russische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Broudré-Gröger
E. Stather

Für die Regierung der Republik Usbekistan

Ganiew